Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. April 1931

Internationaal Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Amerika und Russland.

(Von unserm Washingtoner Korrespondenten)

SPD. Washington, im April (Eig.Bericht)

Die russo-amerikanischen Handelsbeziehungen sind gewissermassen über Nacht ein Gericht erster Güte auf der Speisekarte der amerikanischen Wirtschaft geworden. Das ist kaum überraschend. Dass diesen zwischen Himmel und Erde schwebenden Beziehungen ein ironisch-bitterer Beigeschmack anhaftet, wird in den Kreisen der amerikanischen Wirtschafts- und Regierungsmächtigen zwar deutlich verspürt, aber in der Öffentlichkeit aus naheliegenden Gründen am besten ignoriert. Dabei braucht nicht einmal von den tiefgehenden Gegensätzen zwischen den beiden Staats- und Wirtschaftssystemen die Rede zu sein. Der Zwang wirtschaftlicher Momente ist eben stärker als die Ansicht von Millionen sonst sehr vernünftig und normal denkenden Amerikanern, denen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine geordnete Abwicklung der Handelsgeschäfte zwischen den beiden Nationen als eine Unmöglichkeit erscheint.

Dieser fatale Beigeschmack, dieser krasse Gegensatz zwischen Worten und Taten, hat in der amerikanischen Aussenhandelsstatistik des letzten Jahres eine deutliche Unterstreichung erfahren. Während die Bundesregierung zu wiederholten Malen ihren Beschluss auf Nichtanerkennung der Sowjets betonte und unter Berufung auf russische Zwangsarbeitsmethoden mit der Idee einer Einfuhrsperre gegen russische Warengüter liebäugelte, während der Kremlin wütend gegen Washington tobte und den amerikanischen Kapitalismus brandmarkte, war Amerika das einzige Land, in dem die russischen Käufe in beträchtlichem Masse zunahmen. Russland kaufte im Jahre 1930 in den USA mehr als in irgend einem anderen Lande und rückte damit auf die dritte Stelle der amerikanischen Kundenliste.

Es erscheint begreiflich, dass sich das Staatsdepartement wieder mit dem russischen Fragenkomplex zu beschäftigen begann und ein gründliches Studium der gegenseitigen Beziehungen anordnete. Die Erklärung, dass diese Untersuchung nichts mit der Frage der Anerkennung der Sowjetregierung zu tun habe, muss unter diesen Umständen als lächerlich gewertet werden. Wachsende Handelsbeziehungen dürfen heute in keinem Lande leichtfertig übersehen werden, und am allerwenigsten in Amerika, das zum erstenmal nach den fetten Prosperitätsjahren eine Kostprobe wirklicher Wirtschaftskrise zu spüren bekommen hat. Genau so wenig konnte es im wohlverstandenen Interesse der Bundesregierung liegen, sich von interessierten Kreisen in einen Boykott russischer Güter hineinhetzen zu lassen und damit einen unkalkulierbaren Schaden anzurichten. Gerade weil die Einfuhr russischer Waren nach Amerika im Verhältnis zu den Exporten zu bedeutungslos ist, musste man sich darüber klar sein, dass Amerika von einer im Interesse winziger Gruppen liegenden Einfuhrsperre gegen Russland nur Schaden erleiden, keineswegs aber profitieren konnte. Die Entwicklung der letzten Monate hat dieser nüchternen Einstellung recht gegeben und einen unmittelbar drohenden russo-amerikanischen Wirtschaftskrieg rechtzeitig verhindert.

Mit wachsender Betonung wird in der amerikanischen Oeffentlichkeit hervor-

gehoben, der russische Hunger nach amerikanischen Gütern wäre so gross, dass die russischen Machthaber für das Privileg, hier weiter kaufen zu können, sogar zähneknirschend einen amerikanischen Einfuhrbann einstecken würden. Darin mag ein Körnchen Wahrheit stecken, aber die Ankündigung, russische Aufträge gegebenenfalls nach anderen Ländern zu verlegen, zeigt doch, dass sich Amerika auf eine derart kurzsichtige und nur das Heute sehende Politik nicht einlassen kann. Das ist auch der tiefere Grund, die Russen wirtschaftlich nicht vor den Kopf zu stossen und sich mit ihnen, wenn auch inoffiziell, gut zu stellen. Die Amerikaner sind sich nur zu gut der lauernden Konkurrenz der übrigen Mächte bewusst, die sich das fette Geschäft mit den Russen nicht entgehen lassen wollen. Die Meldungen über bevorstehende grosse Aufträge in Deutschland liegen schwer im Magen und werden in der amerikanischen Presse mit Warnungszeichen gebührend berücksichtigt.

Schon heute ist Russland, wie verhasst seine Ansichten auch Amerika sein mögen, der amerikanischen Wirtschaft zu wichtig geworden, um noch länger ignoriert oder über die kalte Schulter angesehen zu werden. Was aber noch heute reine Handelsrücksichten sind, wird schon morgen eine Macht- und Prestigefrage sein. Mag man in den Kreisen um Hoover und im Staatsdepartement noch so heftig beteuern und protestieren, das von der Wirtschaftskrise gehetzte Amerika befindet sich bereits auf dem Wege, der über kurz oder lang mit der diplomatischen Anerkennung Moskaus enden wird.

SPD. Mit den Nationalsozialisten in Hannover scheint es besonders schlecht bestellt zu sein. An Geldmangel leiden zwar fast alle Nazi-Ortsgruppen, aber so tief wie die Ortsgruppe Hannover stecken doch nicht alle in Schulden. In Hannover kommt hinzu, dass das dortige Nazi-Blatt trotz aller Anstrengungen keinen Aufschwung nimmt, sondern immer mehr zurückgeht. Das hat die Leitung der Nazi-Ortsgruppe veranlasst, dem ergebnislosen Schnorr- und Jammerbrief zur Auffüllung der Kasse einen Ukas in Form eines Rundschreibens an alle Mitglieder folgen zu lassen, in dem es u.a. heisst :

"1.) Jedes eingeschriebene Mitglied Ihrer Ortsgruppe, das noch nicht Abonnent der "Niedersächsischen Tageszeitung" ist, bestellt sofort durch Ausfüllung beiliegenden Scheines noch für April die "Niedersächsische Tageszeitung".....Für Erwerbslose, die nicht in der Lage sind, das Geld für die Zeitung aufzubringen, wird ein Pate gestellt, wenn nicht aus Mitgliedern, so doch aus Anhängern unserer Bewegung.

2.) Jedes Mitglied der Ortsgruppe erhält ausserdem zwei Bestellscheine die bei Anhängern unserer Bewegung untergebracht werden müssen.

Ich kenne alle Schwierigkeiten, die bei der Durchführung dieser Anordnung sich ergeben. Es braucht mir niemand sie aufzuzählen. Ich ersuche Sie deshalb grundsätzlich davon abzusehen und mir lediglich durch Einsendung der geforderten Bestellzettel eine Probe aufs Exempel abzulegen, welchen Wert Ihre Ortsgruppe besitzt. Ich werde bei Gestellung von Rednern und Anträgen auf SA-Aufmärschen stets das Ergebnis vom 8.April überprüfen lassen...."

Das Rundschreiben blieb ebenso ohne Erfolg wie der ihm voraufgegangene Schnorr- und Jammerbrief. So ist der Zustand innerhalb der Nazi-Partei in Hannover trotz aller Rundschreiben der, dass die Kasse leer ist und ihre Zeitung unter Abonnentenschwund leidet. Es geht halt auf der ganzen Linie bergab.

SPD. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat dem Reichstagspräsidenten einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags zugehen lassen. Sie begründet diesen Schritt mit angeblichen sozialreaktionären Plänen der Regierung.

SPD. Paris, 23.April (Eig.Drahtb.)

Der französische Ackerbauminister Tardieu ist am Donnerstag in Toulouse, wo er eine landwirtschaftliche Ausstellung eröffnete und einem Bankett beiwohnte, von den dortigen Sozialisten ausgepfiffen worden, weil seine Reise nach der südfranzösischen Stadt von den in Toulouse im Besitz der Mehrheit befindlichen Sozialisten als politisches Manöver angesehen wurde. Hinzu kam ein Konflikt des sozialistischen Abgeordneten von Toulouse, Vincent Auriol, mit Tardieu.

Auriol hatte an den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer einen Brief gerichtet, in dem er mitteilte, dass Tardieu in der Kammer gesagt haben soll: "Die vier sozialistischen Senatoren des Departements haben mich eingeladen nach Toulouse zu kommen. Das wird ihre Kameraden in der Partei stark verstimmen." Nach der Veröffentlichung dieses Briefes in den französischen Zeitungen hatte Tardieu in einem Telegramm an die Landwirtschaftskammer von Toulouse Vincent Auriol als Lügner bezeichnet. Als Tardieu nun am Donnerstag-Vormittag in Begleitung des Präfekten im Automobil nach der Ausstellung fuhr, wurde er unterwegs mit einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert begrüsst. Der Minister liess darauf der Wagen halten und begab sich inmitten der sozialistischen Manifestanten, die er mit einem ironischen Lächeln herausforderte, zu Fuss nach dem Ausstellungsgebäude, dessen Tore sofort geschlossen wurden. Ein sozialistischer Stadtrat liess die Tore jedoch wieder öffnen, worauf die Manifestanten in die Halle eindrangen und ohne Unterbrechung weiterpfiffen. Die anwesenden Nationalisten veranstalteten eine Gegenkundgebung, konnten aber die Sozialisten nicht zum Schweigen bringen. Plötzlich blieb Tardieu stehen, entblösste sich vor seinen sozialistischen Gegnern, zog aus der Tasche eine Trillerpfeife und pfiff den Sozialisten ins Gesicht. Diese unerhörte Herausforderung hatte zur Folge, dass die Kundgebungen gegen den Minister noch heftiger wurden.

Die Besichtigung der Ausstellung ging ohne weitere Zwischenfälle zu Ende. Später kam es jedoch während des Banketts in der Handelskammer zu heftigen Zusammenstössen zwischen der Polizei und den sozialistischen Manifestanten, die den Platz vor dem Gebäude besetzt hielten. Die Polizei wollte die Sozialisten zurückdrängen, diese gaben aber nicht nach und bombardierten die Polizei schließlich mit Stühlen, die von der Terrasse eines Cafés geholt worden waren. Daraufhin ging berittene Gendarmerie mit dem Säbel gegen die Manifestanten vor. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

SPD. Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: "Unter den zahlreichen Dokumenten wenig rühmlicher Art, die die Werbung für das Volksbegehren hervorgebracht hat, findet sich eine Kundgebung des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Nationalen Beamten-Schutzbundes e.V., in der es heisst:

"Das Gerücht will nicht verstummen, dass es heute noch - drei Tage vor Schluss der Eintragungsfrist für das Volksbegehren - Beamte gibt, die sich nicht in die Listen eingetragen haben. Diesen Beamten sei deshalb in letzter Stunde folgendes gesagt: Nach so viel Aufklärung über die Rechtslage, die jedem Beamten ebenso wie jedem anderen Staatsbürger die Beteiligung am Volksbegehren gestattet, können Beamte, die sich trotzdem nicht eintragen, nur zu zwei Gruppen von Menschen gehören: Entweder sind es bewusste Förderer des Marxismus, oder sie sind jämmerliche Feiglinge. Beamte, die bis an ihr Lebensende das Bewusstsein mit sich tragen wollen, in einer geschichtlichen Stunde des Vaterlandes zu einer dieser beiden Gruppen gehört zu haben, mögen den Ehrenlisten der Nation fernbleiben. Sie werden sich ja dann auch über alle Konsequenzen einer solchen Haltung klargeworden sein. Nun entscheide sich jeder!"

Es ist überaus kennzeichnend für gewisse Kreise, die hinter dem Volksbegehren stehen, dass es ihnen absolut unmöglich ist, preussische Staatsbürger,

die nicht auf dem Boden ihrer Bestrebungen stehen, für anständige Menschen mit eigener, selbständiger Ueberzeugung zu halten. Für sie ist jeder, der nicht nach ihrer Pfeife tanzt, nach ihrer Sprachübung ein "Marxist" oder, wie sie hier sagen, ein Feigling, sonst gewöhnlich ein Lump. Dieser Mangel an Anstand und "Ritterlichkeit" gegenüber politischen Gegnern, und diese absolute Unfähigkeit, eine abweichende Meinung als gleichberechtigt anzuerkennen oder auch nur zu tolerieren, trägt die Hauptschuld daran, dass in den letzten Jahren die Kluft zwischen den einzelnen Gruppen des deutschen Volkes mehr und mehr vertieft worden ist. Es wird noch einer ungeheuerlich schweren Erziehungsarbeit bedürfen, um diese politischen Wortführer dazu zu bringen, auch im Gegner den Menschen und den gleichberechtigten Staatsbürger zu sehen. Eine "Erneuerung Deutschlands" und die "Wiedergeburt Preussens" wird von derart unduldsamen und engstirnigen Persönlichkeiten jedenfalls nicht ausgehen."

SPD. Amsterdam, 23.April (Eig.Drahtb.)

Die holländische Sozialdemokratie hat bei den Provinzial-Landtagswahlen auch in den Provinzen Gelderland und Friesland gute Fortschritte gemacht. In beiden Provinzen wurde je ein Mandat gewonnen, sodass die Partei im Gelderschen Landtag künftig 11 von 62 Sitzen, im friesischen Landtag als stärkste Fraktion in Zukunft 13 von 50 Sitzen innehaben wird. Auch in der Provinz Südholland wurde ein Sitz gewonnen, sodass die Sozialdemokratie hier jetzt 22 von 82 Sitzen besetzt und sich ebenfalls als stärkste Partei behauptet hat.

Insgesamt wurden bei den Provinzial-Landtagswahlen bisher 10 neue Sitze erobert, sodass das sozialistische "Het Volk" den Verlauf der Wahlen mit Recht als für die Sozialdemokratie ausgezeichnet charakterisiert.

SPD. Das Reichskabinett hat beschlossen, den Dienst der Reichsbehörden und Reichsbetriebe am 1.Mai in der gleichen weise wie in den Vorjahren nach folgenden Richtlinien zu regeln :

"In den Ländern, in denen der 1.Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch in den Reichsbehörden und -betrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen.

In den Ländern, in denen der 1.Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche zwecks Teilnahme an einer Feier am 1.Mai dem Dienste oder der Arbeit fernbleiben wollen, rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienste nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall soweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden.

Die hiernach beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von Arbeitern nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die Dauer der Arbeitsversäumnis Lohn nicht gewährt.

Von der Anrechnung auf den Erholungsurlaub oder der Lohnkürzung kann abgesehen werden, wenn die Nachholung der versäumten Arbeitsstunden anderweit sichergestellt ist. In Betrieben, in denen Dienstbefreiung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an staatlich nichtanerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub und ohne Lohnkürzung gewährt wird, gilt das gleiche auch für die Dienstbefreiungen am 1.Mai."

SPD. Prag, 23.April (Eig.Drahtb.)

Im Auswärtigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses und des Senats verlas Aussenminister Benesch am Donnerstag einen Bericht über die deutsch-österreichische Zollunion, der nicht weniger als 64 Seiten umfasst.

In der Beurteilung der Frage der Zollunion sei - so heisst es in dem Bericht - die tschechische Regierung mit der französischen sowie mit den Regierungen der beiden kleinen Ententestaaten vollkommen eines Sinnes. Auch Polen stehe auf derselben Linie. Der Standpunkt des deutschen Aussenministers, dass der Plan als wirtschaftliche unpolitische Aktion nur nach der juristischen Seite in Genf zu überprüfen wäre, sei unhaltbar. Drei Viertel der gesamten europäischen Politik sei wirtschaftlicher Art; insbesondere die österreichischen Wirtschaftsfragen seien hohe Politik. Die Zollunion wäre nicht der erste Schritt zu einer europäischen Kooperation und Einigung. Sie würde nur zur Schaffung von zwei einander gegenüberstehenden Blocks führen. Die Tschechoslowakei habe niemals Oesterreich in irgend eine Kombination gelockt, habe es auch in eine solche nicht hineinziehen wollen, wie man es in Berlin überflüssigerweise befürchtet habe. Die tschechische Regierung habe immer die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Oesterreichs mit den anderen mitteleuropäischen Staaten betont. Dabei habe sie vor allem nur an Handelsverträge gedacht und eine Konföderation und andere Vergangenheitsformationen abgelehnt. Sie habe zwecks Zusammenarbeit die Angliederung der mitteleuropäischen Staaten an die drei interessierten Grossmächte, nämlich an Deutschland, Frankreich und Italien gewünscht, da sie immer der Ueberzeugung gewesen sei, dass die Einigung Berlins mit Paris und dann weiter mit Rom für die Konsolidierung Europas notwendig sei. Ohne die Einigung zwischen Berlin und Paris werde es in Europa keinen Frieden geben. Die Tschechoslowakei könne die Zollunion nicht akzeptieren und dem Wunsche, sich anzuschliessen keine Folge leisten. Politisch würde die Tschechoslowakei in einem 70 Millionen-Block fast alle Bedeutung verlieren. In wenigen Jahren wäre es mit Wien und Berlin derart verknüpft, dass es sich nicht mehr frei bewegen könnte. Alles das sage er nicht aus Abneigung gegen Deutschland. Er achte Deutschland und die Deutschen, ihre hohe Kultur, ihre Kraft und Arbeitsamkeit. Die heutigen Politiker Deutschlands könnten aber beim besten Willen keine Garantie für die künftigen Politiker geben. Die Tschechoslowakei könne keinerKombination beitreten, die nicht in Genf oder wenigstens im Einvernehmen mit den Hauptinteressenten vereinbart wäre. Die jetzige Wirtschaftskrise könne nur durch einen alleuropäischen für alle Interessenten annehmbaren und im Genfer Geiste gehaltenen Plan gelöst werden. Es sei ein Abkommen der Industriestaaten über die internationale Reglementierung der Produktion und die Warenverteilung, begleitet von einem Abkommen über die soziale Gesetzgebung und über die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Die Tschechoslowakei sei Oesterreich und seiner Regierung freundlich und aufrichtig gesinnt. Das Verhältnis zu Deutschland sei offen und freundschaftlich.

Die Tschechoslowakei und Deutschland - so schloss Benesch - würden sich durch den Zollunionsstreit noch mehr dessen bewusst werden, wie sehr eine gute Zusammenarbeit und Harmonie zwischen beiden notwendig sei und wie insbesondere an einer Annäherung Frankreichs mit Deutschland und einem Uebereinkommen zwischen Paris und Berlin intensiv weitergearbeitet werden müsse. Der Streit könne schliesslich auch seine guten Folgen haben. Die Mai-Verhandlungen in Genf würden sicher gute Ergebnisse für alle bringen.

SPD. Das Reichswehrministerium erklärt zu den auch von uns gemeldeten Schikanen mehrerer Trompeter des Giessener Reichswehr-Musikkorps durch den Obermusikmeister dieses Korps, dass die behaupteten Quälereien, wie z.B. dass einer der Reichswehrmusiker bei strenger Winterkälte zur Strafe lange in der Waschküche des Obermusikmeisters habe üben oder die gesamte Kapelle bei Knie-

beuge habe spielen müssen, nicht vorgekommen seien. Die Fahnenflucht des Musikers Bauer wird auf seine schwere Verschuldung und sein sehr unregelmässiges ausserdienstliches Leben zurückgeführt, nicht aber auf Quälereien.

Immerhin ist erwiesen, dass der betreffende Obermusikmeister hinsichtlich der Erziehung gegenüber den Trompetern völlig veraltete Methoden angewandt hat und sich deshalb die Heeresanwaltschaft nunmehr mit der Sache befassen wird. Der Obermusikmeister befindet sich bereits 43 Jahre im Dienst der Truppe und scheidet demnächst aus.

SPD. London, 23.April (Eig.Drahtb.).

Ein in der letzten englischen Thronrede angekündigtes Parlamentskomitee wird sich in diesem Sommer eingehend mit der Erwerbslosenunterstützung zu befassen haben. Sie wird am 4.Mai u.a. die Ansichten der Gewerkschaften hören. Der Generalrat hat deshalb Vorschläge ausgearbeitet, die die gesamte Erwerbslosenversicherung auf eine neue Grundlage stellen sollen.

Bisher haben die beschäftigten Arbeitnehmer etwa 70 Pfennige und die Arbeitgeber ungefähr 80 Pfennige pro Kopf und Woche dem Arbeitslosenfonds beigesteuert, während der Staat den Hauptanteil zu tragen hat. Die Gewerkschaften sind nunmehr der Ansicht, dass diese Lastenverteilung ungerecht und untragbar für alle Teile ist und nicht einmal den Arbeitslosen jene Unterstützung gewährt, auf die sie Anspruch haben. Die Erwerbslosigkeit sei eine nationale Not und ausreichende Erwerbslosenunterstützung für jeden Arbeitslosen sei eine nationale Pflicht. Aus diesem Grunde schlägt der Generalrat vor, eine allgemeine Erwerbslosensteuer einzuführen. Jedes Einkommen unter 250 Pfund soll jährlich mit einem Prozent, die Einkommen über 250 Pfund sollen mit einer höheren und abgestuften Steuer als Beitrag zum Arbeitslosenfonds herangezogen werden. Als Unterstützungssätze werden 30 Schilling pro Woche für Verheiratete vorgeschlagen, mit fünf Schilling Zuschlag für jedes Kind, für 16 bis 18 Jährige 15 Schilling pro Woche.

SPD. Die Freien Gewerkschaften haben am Donnerstag, dem Tag des Wiederzusammentritts des Reichskabinetts, an den Reichskanzler Dr. Brüning folgendes Schreiben gerichtet :

"Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände geben hiermit ihrer Besorgnis über die ungemein schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter- und Angestelltenschaft Ausdruck.

Die Politik der Regierung, Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Linderung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Masse erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigterem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslose. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft.

In dieser Notzeit ist nun gar bereits in einer grösseren Anzahl Städten der Brotpreis erhöht worden. Wir erheben hiermit schärfsten Protest gegen diese Verteuerung wichtigster Lebensmittel, die schnellstens rückgängig gemacht werden muss, wenn nicht noch grösseres Elend kommen und damit eine gesteigerte Erregung im deutschen Volk Platz greifen soll.

Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stundenwoche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaufkraft. Die zur Arbeitszeit gemachten Vorschläge der Gutachter-

kommission betrachten wir nicht als eine Lösung, da von ihnen weder eine Arbeitszeitbeschränkung in dem nach der Lage des Arbeitsmarktes erforderlichen Ausmass, noch eine ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienertums erwartet werden kann.

Selbst, wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates. Wir betonen ausdrücklich, dass uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in grösserem Umfang für die Unterstützung der Arbeitslosen bereit zu stellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Etatmittel zur Deckung der Lasten nicht ausreichen.

Im Gebiet der sonstigen Sozialversicherung ist die Sanierung der knappschaftlichen Pensionsversicherung ein dringendes Gebot. Entschieden abgelehnt werden muss aber der Gedanke, diese Sanierung durch die Inanspruchnahme anderer Versicherungszweige zu bewerkstelligen, deren eigene finanzielle Lage im Gegenteil alsbaldige Hilfsmassnahmen notwendig machen wird. So weisen wir erneut auf die bedenkliche Entwicklung der Finanzen der Invalidenversicherung hin, für die ebenfalls alsbaldige Sanierungsmassnahmen erforderlich sein dürften, um wenigstens die heutigen, an sich schon unzureichenden Renten zu gewährleisten.

Zu der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geforderten Reform der Unfallversicherung erklären wir ausdrücklich, dass wir die Wünsche der Arbeitgeber sachlich in allen Punkten ablehnen. Nicht Abbau, sondern im Gegenteil Ausbau der Unfallversicherung, namentlich soweit die Erweiterung des Kreises der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten in Frage kommt, ist dringend erforderlich.

Wir weisen die Regierung und gleichzeitig die Öffentlichkeit noch einmal darauf hin, welche ungeheuren Opfer die deutsche Arbeitnehmerschaft in der Vergangenheit bereits auf sich genommen hat. Eine weiterhin einseitig gegen die Interessen der deutschen Arbeitnehmer gerichtete Politik muss zu schwersten sozialen Kämpfen und zu grösster politischer Beunruhigung und Verbitterung führen. Wir erwarten, dass die Regierung sich dieser unleugbaren Tatsachen bei ihren Beratungen bewusst bleiben wird."

SPD. Essen, 23.April (Eig.Drahtb.)

Die am Donnerstag in Essen geführten Parteiverhandlungen für die Neuregelung des Manteltarifs der Ruhrbergarbeiter verliefen ergebnislos.

Die Unternehmer forderten eine weitere Selbstkostenerleichterung. Demgegenüber machten die Bergarbeitervertreter darauf aufmerksam, dass trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise das Leistungsergebnis pro Mann und Schicht in der jüngsten Zeit weiter gestiegen und der Lohnanteil pro Fördertonne erheblich zurückgegangen sei. Gestützt auf diese Tatsache, forderten sie eine Reihe von Verbesserungen, so vor allem eine tarifliche Schichtzeit von 6½ Stunden für die Untertage-Arbeiter, von 7 Stunden für die Uebertage-Arbeiter und von 5½ Stunden an Arbeitspunkten mit mehr als 28 Grad Celsius Temperatur. Weiter verlangten sie, dass künftig nur noch in aussergewöhnlich dringlichen Fällen Ueberarbeit zulässig sein dürfe und sonst die Zustimmung der Betriebsvertretung, bezw. eine Vereinbarung der Tarifparteien Voraussetzung für Ueberarbeit sein müsse. Für freiwillig verfahrene Ueberschichten solle jeder Lohnzuschlag in Wegfall kommen und im übrigen ein solcher Zuschlag nur an Werktagen in Höhe von 25 % gewährt werden. Der Urlaub müsse für alle Kategorien um einen

Tag erweitert werden und der Höchsturlaub von zwölf auf fünfzehn Tage steigen. Der Mindestlohn für Gedingearbeiter sei um 15 % zu erhöhen. Die Lieferung an Hausbrandkohle habe in allen Fällen, wo zwei oder mehrere Familienmitglieder im Bergbau beschäftigt seien, künftig besser zu erfolgen.

In der Begründung ihrer Forderungen verwiesen die Gewerkschaftsvertreter auf die schwere Lebenslage der Bergarbeiter, die unter der Krise besonders zu leiden hätten und auf die ungeheure Arbeitslosigkeit und die furchtbaren Nachteile des heutigen Arbeitssystems für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter, Beides erfordere gebieterisch eine grundlegende Verkürzung der Arbeitszeit.

Eine Annäherung der Parteien war nicht zu erzielen. Die Verhandlungen wurden nach kurzer Dauer ergebnislos abgebrochen.

SPD. Der Deutsche Beamtenbund hat an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem auf die Gefahr einer neuen Kürzung der Beamtengehälter hingewiesen wird.

Die ständige Erörterung weiterer Gehaltskürzungen - so heisst es in dem Schreiben - habe in der Beamtenschaft wachsende Beunruhigung hervorgerufen. Genährt werde die so entstandene Stimmung durch radikale Einflüsse, deren Folgen unabsehbar seien, wenn die seit langem von radikalen Wortführern aufgestellte Behauptung von neuen Rückgriffen auf das Beamteneinkommen durch Massnahmen der Reichsregierung als wahr bestätigt würden. In der Beamtenschaft verstärke sich die Auffassung, dass bei finanziellem Unvermögen des Reiches in erster Linie die politischen Zahlungen an das Ausland entsprechend herabgesetzt werden müssten, bevor man zu Massnahmen greife, die die Existenzgrundlage der Beamten gefährdeten. Aus genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft heraus wie aus beamtenrechtlichen und staatspolitischen Gründen müsse daher dringend vor einer weiteren Gehaltskürzung gewarnt werden.

SPD. Paris, 23.April (Eig.Drahtb.)

Der spanische Arbeitsminister Caballero erklärte einem Sonderberichterstatter des "Populaire", dass er trotz seines Ministeramts Generalsekretär des allgemeinen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Exekutivausschusses der sozialistischen Partei bleibe, dass er sich ferner aus Beauftragter der Partei und der Gewerkschaften im Kabinett betrachte.

Ausserdem hat der Minister dem Berichterstatter folgende schriftliche Erklärung übergeben: "Als Sozialisten haben wir mit der grössten Begeisterung gekämpft, um in Spanien der Republik zum Siege zu verhelfen, und zwar hauptsächlich deshalb, weil unser Sieg einen der Vorherrschaft der Demokratie günstigen internationalen Einfluss haben wird. Das ist das beste Mittel dazu, in nahe Zukunft unser höchstes Ideal, die Verwirklichung des Sozialismus in der ganzen Welt, zuerreichen."

SPD. Wien, 23.April (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag wurde die Leiche des verstorbenen Präsidenten des Nationalrats Eldersch feierlicherweise zum Krematorium übergeführt. Als Vertreter des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wohnte der Präsident des Preussischen Landtags Bartels den Feierlichkeiten bei.

Vormittags trat der Nationalrat zu einer Trauersitzung zusammen, in welcher der christlichsoziale Vizepräsident Dr. Ramek einen Nachruf auf den Toten hielt. Der Bundespräsident wohnte der Sitzung bei. Nachmittags bewegte sich der Trauerzug vom Bildungsheim bis zum Parlament, wo die Abgeordneten und Bun-

desräte sowie zahlreiche ausländische Delegationen Aufstellung genommen hatten. Als erster nahm Bundespräsident Miklas das Wort, um die Verdienste des Präsidenten Eldersch hervorzuheben. Es folgten Ansprachen des Bundeskanzlers und des christlichsozialen Vizepräsidenten des Nationalrats Ramek, in deren Verlauf insbesondere die Verdienste des Verstorbenen um die Stabilisierung der österreichischen Republik gewürdigt wurden. Als die Feier beendet war, marschierte der Trauerzug weiter über die Ringstrasse bis zum Schwarzenbergplatz, wo er sich auflöste. Von hier ab begleiteten nur noch die engsten Freunde und die Delegationen der Parteikörperschaften den Leichenwagen bis zum Krematorium, wo zunächst Bürgermeister Seitz dem Verstorbenen einen Nachruf widmete und dann u.a. auch der Präsident des Preussischen Landtags Bartels der Verdienste des Toten, zugleich im Namen der Internationale, gedachte.

SPD. Paris, 23.April (Eig.Drahtb.)

Die Rechtspresse setzt ihre Enthüllungen über die Strassburger Spionageaffäre fort. Wie der "Intransigeant" mitteilt, soll der verhaftete Spion Uhrich bei einem Verhör durch den Untersuchungsrichter gestanden haben, dass er genaue Pläne über die Grenzbefestigungen in der Gegend von Metz und Weissenburg über ihre Zufahrtswege und die dort angelegten strategischen Eisenbahnstrecken nach Deutschland geschickt habe. Ferner habe er mit seinen Komplizen verschiedene Versuche unternommen, um sich Einzelteile des leichten Maschinengewehrs, Modell 1924/25 zu beschaffen. Damit sei er jedoch nicht zum Ziel gelangt. Weitere Haftbefehle sollen, wie der Untersuchungsrichter dem Berichterstatter des Intransigeant mitgeteilt hat, nicht erlassen werden.

Die Affäre tritt jetzt in das Stadium der gerichtlichen Untersuchung, die wahrscheinlich sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

SPD. London, 23.April (Eig.Drahtb.)

Wegen der Diktaturmethoden ihres Führers ist es in der neuen Partei Oswald Mosleys zu einem Streit und zu einer schweren Krise gekommen. Der Vorstand der Ortsgruppe Manchester ist zurückgetreten. Es fehlte zwar bisher der neuen Partei nicht an Geld und nicht an Offizieren, die Soldaten waren aber ausgeblieben. Dass jetzt bereits die Offiziere davonzulaufen beginnen, ist für die englische Presse ein Beweis für den völligen Schiffbruch der Mosley-Bewegung, die nur noch als Familienangelegenheit betrachtet wird.

SPD. Sofia, 23.April (Eig.Drahtb.)

Der König beauftragte am Donnerstag den Führer der Demokraten, den früheren Ministerpräsidenten Malinow, mit der Neubildung des Kabinetts. Wie Malinow dem Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" in Sofia erklärte, wünscht der König die neue Regierung auf breitester Basis gebildet zu sehen. Seine Mission sei äusserst schwierig. Vorläufig könne er noch nicht sagen, ob er den ihm vom König erteilten Auftrag durchführen könne.

SPD. Es gibt in der evangelischen Kirche massgebende Instanzen, die sich von Tag zu Tag offener als Filiale der Nationalsozialistischen Partei betätigen. So hat auch der Landesbischof der evangelischen Kirche in Mecklenburg-Schwerin am Donnerstag über den Nationalsozialismus eine Erklärung veröffentlicht, in der es zum Schlusse heisst, dass "die evangelische Kirche um ihres

Berufes willen aus der nationalsozialistischen Bewegung das grosse Wollen heraushören und dankbar begrüssen muss." Das ist, wenn auch kein offenes, so doch ein indirektes Bekenntnis zu den Parolen Hitlers mit ihren furchtbaren Auswirkungen für die Volkswirtschaft und für das Leben der nicht nationalsozialistisch denkenden deutschen Bevölkerungsschichten.

Angesichts dieser Betätigung massgebender evangelischer Kircheninstanzen im Sinne einer Bewegung, der nicht einmal das Leben andersdenkender Menschen heilig ist, braucht sich die evangelische Kirche nicht zu wundern, wenn die Kirchenaustrittsbewegung von Tag zu Tag zunimmt. Sie mit allen Mitteln zu fördern ist unsere heiligste Pflicht, solange sich Würdenträger der evangelischen Kirche als Parteisekretäre Hitlers betätigen und ihr Amt missbrauchen, wie es der Landesbischof der evangelischen Kirche von Mecklenburg-Schwerin es sich jetzt wieder erlaubt hat.

SPD. Schneidemühl, 23.April (Eig.Dr.)

Im Märkisch-Friedländer Landfriedensbruchprozess gegen 24 Arbeiter sind die Verhandlungen inzwischen soweit fortgeschritten, dass am Freitag nur noch ein Zeuge zu vernehmen und gegen Abend das Urteil zu erwarten ist.

Die Vernehmung der Entlastungszeugen hatte ergeben, dass die Versammlung ihren normalen Verlauf genommen hätte, wenn die Hitlerleute nicht in provozierender Weise aufgetreten wären. Auch aus den Aussagen von Zeugen, die politisch nicht zurLinken zählen, gewinnt man den Eindruck, dass die Menge vor dem Schützenhaus sehr friedlich war und sich dort hauptsächlich wegen des schönen Abends aufhielt. Hinsichtlich der Schiessaffäre wurde durch Zeugenaussagen festgestellt, dass insgeamt sechs Schüsse abgegeben wurden. Der Angeklagte Fischer, der einen Schuss auf einen SA-Mann abgegeben haben soll, wurde durch die Zeugenaussagen stark entlastet. Auch die Behauptung, nach der ein Angeklagter die Menge aufgefordert haben soll, die vor dem Versammlungslokal stehenden Autos zu demolieren, wurde stark entkräftet. Ueberhaupt gewinnt man immer mehr den Eindruck, dass die Schuldigen die Zeugen spielen und die Unschuldigen auf der Anklagebank sitzen. Sie bekundeten mehrere Zeugen, dass die SA-Leute Frauen und andere Personen über 60 Jahre niedergestossen und geschlagen und Leute, die aus dem Fenster sahen, unter Drohungen gezwungen haben, die Fenster zu schliessen.

Eine Anklage ist gegen diese Störer der öffentlichen Ordnung bisher jedoch noch nicht erhoben worden.

SPD. London, 23.April (Eig.Drahtb.)

Das Oberhaus sass auch am Donnerstag über dem vom Unterhaus angenommenen Agrargesetz, das selbst von der Landwirtschaft als grosser Fortschritt bezeichnet wird. Noch deutlicher als am Mittwoch zeigten die Lords am zweiten Beratungstage, dass sie drauf und dran sind, das Gesetz bis zur Unbrauchbarkeit zu verstümmeln. Nachdem sie die Gelder für die Musterfarmen abgelehnt haben, opponieren sie gegen den Landankauf zu Siedlungszwecken. Gegenüber dieser Sabotage erklärte die Regierung, sie werde gegebenenfalls das gesamte Gesetz unter die Parlamentsakte stellen, sodass es nach Ablauf von zwei Jahren automatisch in Kraft tritt.

Der Vormarsch der SPD.

In 15 Monaten über 100 000 Mitglieder gewonnen.

SPD. In der fünften Folge erscheint jetzt das vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei herausgegebene Jahrbuch für 1930. In Anordnung und Inhalt eine Fortsetzung der voraufgegangenen Ausgaben, die wohl allgemein eine günstige Aufnahme in Parteikreisen gefunden haben.

Die Jahrbücher der SPD bieten in ihrer knappen kritischen Aufzeichnung der politischen Ereignisse, ferner in ihrer Darstellung der Entwicklung der Sozialdemokratie, ihrer weitverzweigten Organisationen und ihres grossen Tätigkeitsgebietes eine Informationsquelle von unschätzbarem Wert. Jeder, der im politischen Leben steht, wird zu dem Jahrbuch greifen, wenn er Erinnerungen über politische Vorgänge auffrischen will, oder auf einem ihm weniger vertrauten Gebiet Aufklärung sucht. Aber auch der Fernstehende wird bei der Lektüre einen Einblick gewinnen, wie umfangreich und vielseitig die Sozialdemokratie ihr Arbeitsgebiet aufteilt.

Die Berichterstattung des Jahrbuches erstreckt sich über einen Zeitraum, der politisch und wirtschaftlich unbefriedigt verläuft. Es ist ein Jahr des Kampfes gegen die hochgehende nationalistische Bewegung, gegen die reaktionären Bestrebungen, die unter dem Druck einer tiefstehenden Wirtschaftskonjunktur ihren Auftrieb verlangt. Tendenzen, die in Gefolgschaft dieser beiden Uebel zu einer Gefahr für die politische Festigung der Republik werden konnten. In der Wiedergabe der parlamentarischen Ereignisse klingt dieser Grundgedanke stark durch, und es wird noch einmal klar und bestimmt unterstrichen, weshalb die Reichstagsfraktion genötigt war, unter der gegebenen politischen Konstellation die von ihr eingeschlagene Taktik zu befolgen. Das reiche Material, das uns im Jahrbuch unterbreitet wird, gestattet es nicht auf Einzelheiten einzugehen, es mag ein Hinweis auf das Bedeutsame genügen.

Nach dem einleitenden historischen Rückblick der politischen Vorgänge innerhalb dieses Zeitabschnittes, die uns einmal wieder in ihrem Aneinanderreihen ein Bild geben von den schnell sich abwickelnden wechselnden und überstürzten Ereignissen, ist besonders hervorzuheben das Kapitel über die äussere Politik. Die letzte Phase der Tätigkeit des Kabinetts Hermann Müller kommt hier zur Geltung; die Annahme des Young-Planes, die Befreiung der Rheinlande von der fremden Besatzung kommt in ihrer Bedeutung zum Vortrag. Sehr angenehm wird es empfunden werden, dass wir auch einen kurzen Bericht über wichtige politische Vorgänge im Ausland erhalten. Besonders wird uns die Tätigkeit der englischen Arbeiterpartei interessieren, die ihr Kabinett durch alle Fährnisse hindurch bis jetzt gehalten hat. Ueber aktuelle internationale Probleme gibt uns der Bericht über das Sozialistische Internationale Bureau und die Beschlüsse der Konferenzen Auskunft und wir dürfen wohl annehmen, dass die gegenseitige Verständigung und gemeinsame Arbeit gute Fortschritte aufweisen.

Auf dem sehr komplizierten Gebiet der Steuer- und Finanzpolitik, das für den Uneingeweihten sich immer schwieriger gestaltet, erhalten wir einen gut informierenden Überblick. Rinner behandelt in einem besonderen Artikel die Ursachen der Schwächen unseres Finanzsystems und die schwankende Grundlage der Steuerleistung. Die Stellung der Fraktion findet hier eine eingehende Begründung, es werden die verfehlten Massnahmen, die unter der Führung der bürgerlichen Kabinette erfolgten, kritisch beleuchtet; und es wird das oberflächliche Geschwätz über die grosse Steuersenkungsaktion, die in Unkenntnis und aus Agitationsbedürfnis von den bürgerlichen Parteien betrieben wurde, in ihrer ganzen Hohlheit aufgezeigt.

Die Agrarfrage gewinnt eine immer grössere Bedeutung. Die Zollerhöhungen, die Gestaltung der Handelspolitik, die Roggenstützungsaktion, der internationale Getreidemarkt, der Uebergang zu monopolartigen Gebilden, wie beim Maismonopol, werden einer eingehenden sachlichen Würdigung unterzogen. Hier wäre

es notwendig gewesen, wenn über die Organisation des Maismonopols eine Darstellung gegeben wäre, denn nicht jede Monopolbildung kann unsere ungeteilte Zustimmung finden. Man vermisst überhaupt vielfach im Bericht eine Angabe über die Stellung der gegnerischen Parteien, denn hierüber will derjenige, der das Handbuch als politisches Nachschlagewerk benützen will, Information haben. Es wird sich empfehlen, dass man künftig mehr Wert auf diese Seite der Berichterstattung legt.

Sehr beachtlich ist die im Reichstag wechselnde Stellung der bürgerlichen Parteien, wie sie in dem Kapitel Versorgung und Ruhegehälter geschildert wird. Hier handelt es sich um Dinge, die bei der Wahl eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben, während nunmehr bei der parlamentarischen Behandlung des Themas, die ganze Demagogie und Verlogenheit der Nazis, der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei zum Ausdruck kommt. Das wird im Bericht deutlich zum Vortrag gebracht. Er bietet geradezu ein Muster, wie in der Tendenz auch der übrige Teil der Berichterstattung eingestellt sein sollte. Einen grossen Raum nimmt die Erörterung über die Kämpfe um die Sozialpolitik ein, eine Abwehr gegen den Ansturm von allen Seiten, die uns auch künftig noch im reichen Masse beschäftigen wird.

Das Reichstagswahlergebnis wird einer kritischen Betrachtung unterworfen. Es wird dargelegt, welche umfangreiche Arbeit besonders auch von der Zentrale geleitet wurde. Der Kassenabschluss gibt uns bekannt, dass die Wahlkosten den Betrag von 2 977 542 Mark erforderten.

Mit Genugtuung nehmen wir die Mitteilung entgegen, dass im vorigen Jahr der Mitgliederbestand der Sozialdemokratie im Vergleich zum Jahre 1929 um 100 000 gestiegen ist und auch im Jahre 1930 in einer für die Partei überaus harten Arbeit unter den ungünstigen Einwirkungen einer schweren Wirtschaftskrise der Mitgliederbestand sich bereits um 15 607 Mitglieder erhöhte und damit die Zahl von 1 037 384 erreichte. Im laufenden Jahre ist dieser Zuwachs unter der eifrigen Agitation der Parteigenossen bereits weit überschritten und wird unter dieser anregenden Tätigkeit ein weiterer Aufstieg nicht ausbleiben. Mit diesem organisatorischen Aufbau steht im engen Zusammenhange der Umfang der parlamentarischen Vertretung. Die Partei zählt im Reichstag und den Landtagen 662 Abgeordnete. In der Kommunalverwaltung wirken mit 8 924 Stadtverordnete, 38 892 Gemeindevertreter, 870 Bürgermeister, 1 261 Gemeindevorsteher, 437 Beigeordnete und Stadträte, 4 467 Kreistagsmitglieder und 420 Provinzvertreter.

Auch finanziell zeigt die Sozialdemokratie eine kräftige Erstarkung. Von den 9 844 Ortsgruppen wurden im Berichtsjahre 11 150 471 Mark durch Beiträge und Sammlungen aufgebracht. Das ist eine Leistung, die uns mit berechtigtem Stolz erfüllen kann und die noch erhöht wird durch die nicht unerheblichen Beiträge für die vielen weitverzweigten Organisationsgebilde, die mit der Sozialdemokratie im engen Zusammenhang stehen und über deren Tätigkeit das Jahrbuch eingehend berichtet. Der Aufgabenkreis erweitert sich, er dehnt sich aus auf den mannigfachen Gebieten der Bildungsbestrebungen, der Wohlfahrt und der Betreuung der Kinder, er wächst mit jedem Jahre an Bedeutung und Umfang des grossen Werkes der Volkserziehung und Bildung.

In der Presse vollzieht sich ebenfalls ein Umwandlungsprozess, um kräftiger in dem Konkurrenzkampf gegen die bürgerliche Presse gerüstet zu sein. Die "Konzentration" führt organisatorisch die Betriebe zusammen, stützt den Schwachen und drängt zu Reformen, die die Neuzeit erfordert. Im "Pressedienst" haben wir das Informationsbüro für die Parteizeitungen, das eine umfangreiche literarische Tätigkeit entfaltet, um den Redaktionen in der Bewältigung ihrer Aufgaben behilflich zu sein.

Ueberall in diesem grossen Organisationsgebilde, das uns das Jahrbuch vorführt, vernehmen wir, mit welchem Eifer und welcher Ausdauer sich alle in Dienste der sozialistischen Ideenwelt stellen, wie alle beherrscht und geleitet sind von dem Gedanken, den wirtschaftlich Schwachen und Notleidenden zu helfen, und an dem Werk tätig zu sein für die Förderung eines besseren wirtschaftlichen und politischen Aufbaus unseres republikanischen Staates. Guten Mutes, im Vertrauen auf den Sieg des Sozialismus, wollen wir diese Arbeit fortsetzen.

Robert Schmidt.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Studienrat der Republik.

SPD. Die besten Zutreiber für das Hakenkreuz sind die bornierten und böswilligen nationalistischen Oberlehrer, die sich immer noch an den Schulen der Republik breit machen dürfen. Sie bringen unter Missbrauch ihres Amtes der halbwüchsigen Jugend des Bürgertums systematisch den Hass gegen die Republik bei und sie züchten jene Lügen, mit denen die rechtsradikale Propaganda operiert. Ein Exemplar dieser Gattung betätigt sich an einer Bremer höheren Schule Ueber sein Treiben ist glücklicherweise einiges in die Oeffentlichkeit gedrungen. Seine Spzialität ist die Pflege der Dolchstosslüge. Er unterrichtet Schüler in den Oberklassen in Geschichte, denen er folgendes erzählt :

"Es gebe gewisse Kreise in Deutschland, die behaupteten, es hätte keinen Dolchstoss gegeben und die deshalb sagten Dolchstosslüge. Aber die Tatsache des Dolchstosses sei heute allgemein bekannt. Es sei ja zu verstehen, dass die daran beteiligten Personen es heute abstritten, denn inzwischen hätten sie wohl das Vaterlandsverräterische ihrer Tat eingesehen. Das Heer sei von der Heimat regelrecht unterwühlt worden. In seiner Kompagnie hätten die Rekruten genaue Anweisung von der Heimat bekommen, wie sie am besten über die holländische Grenze kommen könnten. Es habe eine Zusammenarbeit zwischen den Revolutionären und dem Feinde bestanden."

Der Ehrenmann hat weiterhin einem Schüler im Zusammenhang mit einer Aufsatzbesprechung gesagt, es sei doch gerichtlich festgestellt, dass Ebert ein Landesverräter gewesen sei. Bisher ist gegen diesen böswilligen Verleumder nichts geschehen und wenn die Bremer Schulbehörden nicht einschreiten, so wird er nach wie vor sein Zutreibergewerbe für das Hakenkreuz in der Schule weiter ausüben. Hier ist ein Fall, der bekannt geworden ist. Wie mag es sonst noch in den höheren Schulen der Republik aussehen, in denen hochbezahlte Beamte den Schülern der besitzenden Klassen, für die hohe staatliche Zuschüsse bezahlt werden, den Hass gegen die Republik beibringen!

Sie wollen Alfons haben.

Die Spanier sind ihren Alfons glücklich los, sie jubeln über die Republik - aber in Deutschland gibt es Leute, Auch-Republikaner, die ihn haben wollen! Der Gedanke, dass ein frei gewordener König sofort greifbar ist, hat sie in Erregung versetzt. So veröffentlicht die Wiesbadener bürgerliche Presse den Vorschlag, das Schloss Hohenbuchau dem König Alfons von Spanien als Sitz anzubieten, als Dank für die Stellung, die der König im Weltkrieg gegenüber Deutschland eingenommen hat. Es sei zu begrüssen, wenn der Kurstadt Wiesbaden, die so schwer um ihre Existenz ringe, die Vorteile zuteil werden würden, die mit einer Niederlassung des ehemaligen spanischen Königs verknüpft seien.

Es geht nichts über den Servilismus und die Bauchkriecherei des echten deutschen monarchistischen Spiessbürgers. Einen König wollen sie haben, und wenn es auch ein davongejagter sei!

Stahlhelmspuk im Badeort.

Die Sommersaison naht heran und damit die Sorge der Badeorte und Hotelbesitzer um das Geschäft. Die grösste Sorge der Hotelbesitzer ist es, dass die rechtsradikalen Horden durch provozierendes Auftreten ihnen das Geschäft verderben könnten. So hat der Verein norddeutscher Hotelbesitzer in Stettin an

an den Stahlhelm, Landesverband Pommern-Grenzmark einen höflichen Brief gerichtet, in dem er bat, dass während der Saison in den Ostseebädern, insbesondere der Inseln Usedom-Wollin öffentliche Umzüge unterbleiben.

Der Stahlhelm hat dem Hotelbesitzerverein jedoch eine gröbliche Absage erteilt. Er hat ihn in seinem Antwortschreiben richtig militärisch angehaucht und hat ihm erklärt, dass er selbst mit an der Krise schuld sei, weil er sich nicht kräftig genug für die Stahlhelmaktion gegen den Youngplan eingesetzt habe. Im übrigen proklamiert der Stahlhelm in diesem Antwortschreiben die Provokation der Badegäste durch Stahlhelmaufmärsche und den schwarzweissroten Flaggenkrieg in den Ostseebädern.

Das kann heiter werden, und wenn der Stahlhelm seinen grossen Reden Taten folgen lässt, dann werden die Herren Hotelbesitzer in den Ostseebädern genug Grund zur Klage bekommen. Denn selbstverständlich wird der grösste Teil der Besucher sehr kräftig gegen nationalistische Provokationen protestieren und Konsequenzen ziehen.

Und die Treue, sie ist ein leerer Wahn.

Die Königsberger nationalsozialistische SA hat ein glänzendes Beispiel deutscher Treue geliefert. Im April 1930 trat ein Kaufmannslehrling der Hitlerpartei bei. Ende Januar d.J. schied er wieder aus der Partei aus, weil er den revolutionären Gedanken nicht mehr vertreten glaubte und weil ihm, wie er offen bekannte, zu viel Gesindel in der SA war. Wegen dieser freimütigen Erklärung rächte sich die Königsberger SA auf niedrträchtige Art und Weise. Ihre Führer wussten, dass der Ausgeschiedene von einem Waffenhändler unrechtmässig eine Anzahl von Pistolen mit Munition besorgt hatte. Nach seinem Ausscheiden erschien ein SA-Mann bei ihm und überredete ihn, die Waffen der SA zu verkaufen. Er solle sich damit in der Wohnung eines Hakenkreuzlers einfinden. Der Mann ging auf das Geschäft ein, aber als er in der Wohnung seines früheren Parteigenossen erschien, wurde er von zwei Polizeibeamten in Empfang genommen und verhaftet. Der Sturmführer der SA hatte die Polizei verständigt, man hatte den früheren Hakenkreuzparteigenossen denunziert und mit Lockspitzelmethoden der Polizei ausgeliefert, so dass er nun wegen verbotenen Waffenhandels vor Gericht stand.

Der Gerichtsvorsitzende befragte in der Verhandlung den Hakenkreuzmann, der den Angeklagten ausgeliefert hatte: "Hatten Sie denn gar keine Bedenken, einen früheren Parteigenossen der Polizei auszuliefern? Wie verträgt sich das mit ihrer Auffassung vom Begriff der Treue, würden Sie auch so vorgegangen sein, wenn der Angeklagte noch Parteimitglied gewesen wäre?!" Der so eindringlich befragte SA-Mann erklärte nach einigem Zögern: "Wenn der Sturmführer Anordnung dazu gegeben hätte, ja."

Die Treue, sie ist bei ihnen wirklich ein leerer Wahn! Sie führen sie im Munde, aber ihre Praxis ist die schuftige Denunziation des einstigen Kameraden!

Hakenkreuzdämmerung.

Die bayerischen Nationalsozialisten hatten seit Wochen einen sogenannten Deutschen Tag in Wolfratshausen vorbereitet, und hatten dazu den ganzen Bezirk Wolfratshausen alarmiert. Die erwarteten Massen kamen indessen nicht. Ganze 150 Mann fanden sich ein. Für diese Pleite gibt es eine Erklärung: das Pfarramt hatte tags zuvor eine Erklärung veröffentlicht, dass der Kirchenbesuch keinen politischen Demonstrationscharakter tragen dürfe und dass Züge mit Uniformen und Fahnen nicht am Gottesdienst teilnehmen dürfen.

Bei früheren sogenannten Deutschen Tagen haben die Hakenkreuzler beträchtlich grössere Erfolge erzielt. Damals aber hatten sie keine Erklärung des katholischen Klerus gegen sich. Woraus hervorgeht, dass die katholische Kirche an der Züchtung des Hitlerismus in seiner Keimzelle Bayern gar nicht unschuldig ist!

Aus aller Welt

Denkmal für einen Vergessenen.

Zum 50. Todestag Max Maria von Webers - Der Lebensroman des Komponistensohnes.

SPD. Vor 50 Jahren starb in Berlin Max Maria von Weber, ein Sohn des berühmten "Freischütz"=Komponisten. Sein Lebenswerk war recht bedeutend: in erster Linie kam es dem deutschen,aber auch dem österreichischen Eisenbahnwesen zugute. Nicht ohne Tragik ist es,dass dieser ungewöhnliche Mensch in seiner historischen Bedeutung im Schatten Friedrich Liszt's steht. Er war in seinem Fach aussergewöhnlich tüchtig, und wenn sein Werk heute auch nur vom Kreis der Fachleute gewürdigt wird,so spüren wir doch seine anonyme Hinterlassenschaft: viel von ihm eingeführte Verbesserungen haben ihre Bedeutung noch nicht verloren.

In der Jugend dieses Mannes,der noch die erste Eisenbahnfahrt von Nürnberg nach Fürth mit erlebt hatte,war der Beruf eines Eisenbahntechnikers noch recht ungewöhnlich und nicht ganz "standesgemäss". Um so merkwürdiger war es,dass gerade er,der in einer Umgebung von Musikern und Künstlern aufwuchs,und dessen Vater der Schöpfer der romantisshen Oper war, all sein Interesse der Technik zuwandte! Ja,der "Freiherr von" seines Namens hat ihn nicht daran gehindert, wie ein ganz moderner Werkstudent zu arbeiten. Er begnügte sich nicht mit theoretischen Studien, betätigte sich praktisch bei Borsig,der damals seine erste Lokomotive baute und in anderen Fabriken; auch als Lokomotivführer hat er gearbeitet: ein Jahr lang fuhr Max Maria von Weber auf der Strecke Berlin-Jüterbog hin und her. Im sächsischen Bahndienst gelangte er in leitende Stellungen, wurde Eisenbahndirektor in Dresden und starb als Geheimer Regierungsrat des preussischen Handelsministeriums.

In seinen zahlreichen Schriften kam die vom Vater ererbte künstlerische Begabung zur Geltung. Er begründete die technische Novelle als neuen Zweig der deutschen Literatur und schrieb Aufsätze, die man heute als Reportagen bezeichnen würde. Es war sein besonderes Verdienst,dass er in diesen Schriften die Welt des Arbeiters und vor allem die verantwortungsvolle Tätigkeit des Eisenbahners einem Lesepublikum nahebrachte,dessen Interessen sich auf französische Romane beschränkte und das an dieser Welt des Proletariers unwissend und achtlos vorbeiging. "Vom rollenden Flügelrad" und "Aus der Welt der Arbeit" waren die literarischen Hauptwerke, deren Stoffe er aus der Wirklichkeit der technischen Betriebe schöpfte.

Aber auch in amtlichen Schriften bemühte er sich,die behördlichen Verwaltungen über das Leben ihrer Untergebenen aufzuklären. Er veröffentlichte Werke über "Die Gefährdung des Personals beim Fahrdienst" und "Die Abnutzung des physischen Organismus der Eisenbahnfunktionäre". Mit seiner "Schule des Eisenbahnwesens" sagte er viel grundsätzlich Wichtiges,und in einer Abhandlung über die "Stabilität des Gefüges der Eisenbahngleise" verwies er auf die Wichtigkeit des heute so viel genannten "Oberbaues."

Max Maria von Weber war kein "Beamter" im alten Sinne.Seine Persönlichkeit war überaus vielseitig,sein Schaffen von unsterter Rastlosigkeit.Er reiste viel,verfasste Schriften über die Wasserstrassen Englands und Schwedens,schrieb eine dreibändige,in ihrer Sachlichkeit mustergültige Biographie seines Vaters und trieb kulturgeschichtliche Forschungen.Die Universität Leipzig verlieh ihm für seine eisenbahngeographischen Arbeiten den Ehrendoktortitel,der ihm in Fachkreisen den Beinamen "der Eisenbahnphilosoph" einbrachte.

"Freischütz" und "Oberon", die Hauptwerke des romantischen Vaters,gehö=

ren heute zum Spielplan einer jeden deutschen Oper. Das Hauptwerk des unro= mantischen Sohnes war wesentlich prosaischer: er hat die einheitliche, trotz der politischen Veränderungen noch heute gültige Signalordnung für Oesterreich= Ungarn eingeführt.

B.

+ + +

Der Eden-Prozess. Im Berliner Prozess gegen die Nazi=Schützen vom "Eden= Palast" ist man noch immer bei der Zeugenvernehmung. Ein in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag vorgenommener mehrstündiger Lokaltermin bestätigte in jeder Weise die schwere Schuld der Nationalsozialisten und erledigte endgültig die Lügenmär der Mordschützen, dass nicht sie, sondern die Tanzpalast=Gäste die Angreifer gewesen seien. Die blutigen Vorfälle wurden aufs genaueste rekon= struiert. Der Angeklagte Wesemann musste sein martialisches Totenkopfhemd und seine Cuthose anziehen, die er seinerzeit getragen hatte. So gekleidet wurde er von den Zeugen als Täter wiedererkannt.

+ + +

Wildwest in Stettin. Auf offener Strasse in Stettin überfiel ein Bandit drei weibliche Angestellte einer Zigarettenfirma, die eine grössere Geldsumme zur Bank bringen wollten, entriss ihnen eine Aktentasche mit mehr als 9 000 Mark Inhalt und flüchtete in einem bereitstehenden Auto, das von einem Kompli= zen gesteuert wurde. Der Wagen wurde später aufgefunden, die Täter entkamen.

+ + +

Ermordung eines Lokomotivführers. In Neumünster (Holstein) wurde ein Lo= komotivführer in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Es liegt Raubmord vor.

+ + +

Das Lied von der Zensur. Derselbe Granowski-Film "Das Lied vom Leben", der erstmalig von der Filmprüfstelle als "entsittlichend" verboten, dann aber nach geringfügigen Aenderungen und hartem Kampf der Produktionsfirmen freige= geben wurde und der am Freitag abend in Berlin uraufgeführt wird, bekam von der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht das steuerlich wichtige Prädikat "künstlerisch wertvoll!" Allerdings tagt die Bildstelle des Zentralinstituts nicht mehr unter dem Vorsitz des endlich ausgeschiedenen Herrn Lampe, sondern unter dem Präsidium von Regierungsrat Dr. Völger.

+ + +

Verfahren gegen Gontard. Die Oberreichsanwaltschaft Leipzig hat gegen den Grossindustriellen Paul von Gontard ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es soll der schwere Vorwurf nachgeprüft werden, ob Paul von Gontard in seiner früheren Eigenschaft als Generaldirektor der Berlin=Karlsruher Industriewerke Waffen oder Waffenteile gesetzwidrig an einen Staat im Osten verkaufen liess. Im Zusammenhang mit dem umkämpften Wiederaufnahmeverfahren des wegen Landes= verrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Lagerverwalters Walter Bullerjahn, für dessen angebliche Schuld Herr von Gontard Kronzeuge ist, muss dieses Ermitt= lungsverfahren Aufsehen erregen.

+ + +

Neue Chikago=Skandale. Ein in Chikago eingesetzter Sondergerichtshof, dem es obliegt, die Bestechungsäffären während der Amtszeit des letzten Bürger= meisters zu untersuchen, deckte auf, dass die Mitglieder der Chikagoer Unter= welt den schuldigen Beamten jährlich etwa 10 Millionen Dollar als Schutz=und Schweigegeld zugesteckt haben. Ein Polizeihauptmann mit einem Jahresgehalt von 4000 Dollar hat allein mehr als 100 000 Dollar erhalten.

+ + +

Der Weiterflug der "Do X". Der Reparaturarbeiten an dem deutschen Flug= schiff "DO X", das zurzeit vor den Kanarischen Inseln liegt, sind beendet. Voraus= sichtlich wird die Maschine am 25. April ihren Südamerika=Flug mit dem Endziel Rio de Janeiro fortsetzen.

+ + +

Verurteilter GDA-Direktor. Der frühere Gewerkschaftsdirektor und Geschäftsleiter des Siebenstäbe-Verlags und des GDA-Büchervertriebs, Dr.Martius Matthiessen wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzter Urkundenfälschung zu sechs Wochen Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist verurteilt; der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt. Die Anklage warf Matthiessen vor,den GDA um etwa dreiviertel Millionen Mark geschädigt zu haben. Da aber die Zeugen das Interesse Dr.Matthiessens für das von ihm geleitete Unternehmen bekundeten,schenkte das Gericht dem Angeklagten darin Glauben,dass er seine so unglücklich ausgelaufenen geschäftlichen Spekulationen ohne persönliche Bereichungsabsichten vorgenommen hatte. Die Verurteilung erfolgte wegen Wechselfälschungen. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf ein Jahr vier Monate Gefängnis gelautet.

+ + +

Ueberschwemmungskatastrophe. Ostpolen wird z.Zt. infolge der Schneeschmelze von einer Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht. Die Flüsse sind über ihre Ufer getreten,starke Brücken wurden von den Fluten mitgerissen,zahlreiche Ortschaften überschwemmt. Ein Teil der Stadt Wilna musste bereits geräumt werden.

+ + +

Explosion im Krankenhaus. Im Röntgenlaboratorium des Krankenhauses Berlin-Pankow kam es am Donnerstag nachmittag zu einer Explosion. Es brach ein grösseres Feuer aus, durch das mehrere Räume zerstört wurden. Menschen kamen nicht zu Schaden.

+ + +

Carusos Tochter. Im amerikanischen Rundfunk ist Enrico Carusos elfjährige Tochter dieser Tage erstmalig aufgetreten. Ihre Stimme, die bereits jetzt von beträchtlichem Umfang und von erstaunlicher Stärke sein soll, gefiel sehr.

+ + +

Unwetterkatastrophe. Das ostpommersche Ostseegebiet ist durch eine Orkankatastrophe heimgesucht worden. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt und viele Masten der Telegrafen- und Lichtleitungen wie Streichhölzer geknickt.Der Reichstelegrafen-,der Fernsprech- und der Eisenbahnverkehr wurden stark in Mitleidenschaft gezogen.

+ + +

Der Kunstmaler als Mörder. Im Verlauf einer Grenzzwistigkeit erschoss in Leonberg (Württemberg) der 35 Jahre alte Kunstmaler Benz seinen Nachbarn,den 60jährigen Geschäftsinhaber Wolf. Der Täter wurde verhaftet.

+ + +

Katastrophe im Goldbergwerk. Durch einen schweren Gesteinssturz in den indischen Goldbergwerken von Oorsaum (Provinz Mysore) wurden zwei Arbeiter getötet und 17 zum Teil schwer verletzt.

+ + +

Um die Ehre des Staatsanwalts. Das württembergische Justizministerium hat wegen der Verdächtigungen,die in der Presse im Zusammenhang mit dem Roman "Mechtildis" gegen Staatsanwalt Dr.Hagedorn in Stuttgart und andere höhere württembergische Justizbeamte erhoben worden sind, gegen eine Stuttgarter und gegen eine Berliner Zeitung wegen Beleidigung des Staatsanwalts Dr.Hagedorn und anderer höherer württembergischer Justizbeamten Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt. In beiden Blättern war behauptet worden,dass der zurzeit in Süddeutschland viel diskutierte Roman "Mechtildis" ein Schlüsselroman sei, in dem missliche Verhältnisse in der württembergischen Justiz und insbesondere nicht einwandfreies Verhalten des Staatsanwalts Hagedorn,gegeisselt würden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Arbeitslosenfrage und Eisenbahner.

SPD. Der Kernpunkt des ersten Gutachtens der Braunskommission zur Arbeitslosenfrage liegt in seinem Vorschlag zur Entlastung des Arbeitsmarktes durch Arbeitszeitverkürzung. Dieser Vorschlag hat auch für den Betrieb der Reichsbahn besondere Bedeutung, da gerade bei ihr in der Arbeitszeit einfach unhaltbare Zustände herrschten. Nachfoögend veröffentlichen wir eine Zuschrift aus dem Einheitsverband der Eisenbahner, in der die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosenfrage und Reichsbahn in positiver Kritik beleuchtet werden.

Die reine Arbeitszeit des Reichsbahnpersonals liegen zur Zeit zwischen 40 und 57 Stunden wöchentlich. Die in Anbetracht der Lage des Arbeitsmarkts absolut unverständlich langen Arbeitszeiten bis zu 57 Stunden beruhen infolge der Sonderstellung, die die Reichsbahn durch das Reichsbahngesetz einnimmt, auf Massnahmen der Verwaltungsbehörde und sind dem Eingriff durch den Gesetzgeber entzogen. Hierunter fallen neben den Beamten noch etwa 150 000 Arbeiter. Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um 1 Stunde würde allein für diese Arbeitergruppe die Neueinstellung von etwa 18 000 Personen ermöglichen. Es bestehen also bei der Reichsbahn sehr konkrete beachtenswerte Möglichkeiten zur Entlastung des Arbeitsmarkts, und die Braunskommission hat daher die Verhältnisse im Reichsbahnbetrieb in den Kreis seiner Betrachtungen einbezogen. Soweit die Gruppen von Arbeitnehmern in Frage kommen, deren Arbeitszeit von der Verwaltung festgesetzt wird, empfiehlt der Ausschuss dringend und mit Beschleunigung, auf dem Wege über Verwaltungsmassnahmen folgendes durchzuführen:

"In allen eigenen Betrieben und Verwaltungen des Reichs (einschliesslich der Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank) der Läder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der Unternehmer, an denen eine dieser Körperschaften beteiligt ist, sind lange Arbeitszeiten und Ueberarbeit, soweit irgendwie entbehrlich, unverzüglich zu beseitigen."

Die darin liegende Aufforderung zur Herabsetzung der gerade in den Reichsbetrieben einschliesslich der Reichsbahn noch bestehenden langen Arbeitszeiten schafft noch kein juristisches Recht. Ob und wie diese Aufforderung einen Erfolg hat - das wird ein wichtiger Prüfstein dafür sein, ob die Reichsregierung den ernsten Willen hat, den Anregungen des von ihr selbst eingesetzten Gutachterausschusses Folge zu leisten. Von der Reichsbahngesellschaft ist kaum anzunehmen, dass sie aus eigenem Entschluss irgendwelche Massnahmen zur Beseitigung der langen Arbeitszeiten und der Ueberarbeit durchführen wird, obwohl gerade sie praktische Arbeit zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten kann. Wir geben uns keinen Illusionen hin, Die Reichsbahn wird nur dann etwas unternehmen, wenn das Reich in seinen übrigen Betrieben (Reichspost u.a.) richtunggebend vorangeht und so auf die Reichsbahn wenigstens einen moralischen Druck ausübt. An der bereitwilligen Mitarbeit des Eisenbahnpersonals und seiner gewerkschaftlichen Organisationen wird es nicht fehlen, da diese schon seit langem die Beseitigung der langen Arbeitszeiten anstreben. Eine kräftige Arbeitszeitverkürzung beim Reich, bei der Reichspost und der Reichsbahn muss auch auf die Privatindustrie hinüberwirken.

Während das Gutachten der Braunskommission sich in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durch Massnahmen der Verwaltungsbehörden positiv ausdrückt, gibt sein Teil, der gesetzliche Massnahmen zur Arbeitszeitverkürzung

untersucht, zu starken Bedenken Anlass. Das Gutachten erwähnt unter den Betrieben, für die der Reichsregierung eine gesetzliche Ermächtigung zur Beschränkung der Höchstdauer der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche gegeben werden könnte, auch das Verkehrsgewerbe; es schliesst jedoch ausdrücklich hier die "Arbeiter der öffentlichen Betriebe" aus. Soweit die Reichsbahn in Frage kommt, geht das Gutachten ausserdem noch von einer irrigen Voraussetzung aus. Es sagt: "Die gesetzlichen Grundlagen der Arbeitszeit finden sich (abgesehen von der Reichsbahn, für die die Sondervorschriften des Reichsbahngesetzes gelten) in der Arbeitszeitverordnung vom 14.4.1927." Daraus ist zu folgern, dass die Arbeitszeitverordnung für die Reichsbahn nicht gilt. Das trifft jedoch nur für die vorerwähnten 150 000 Arbeiter zu. Für mehr als 200 000 Arbeiter gilt die Bestimmung des § 19 des Reichsbahngesetzes, in der ausdrücklich festgelegt ist, dass "insbesondere die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter auch für die Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft gelten."

Das Gutachten geht von einer falschen Voraussetzung aus. Darin liegt aber die grosse Gefahr, dass die Reichsbahn in der Frage der Arbeitszeitverkürzung wieder einmal eine Sonderstellung erhält und die Beseitigung der gerade bei ihr üblichen langen Arbeitszeiten und Ueberstunden verhindert wird. Die Reichsregierung muss deshalb rechtzeitig gewarnt werden.

SPD. Für das Dachdeckerhandwerk ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, nachdem es auch in ihm wie im Baugewerbe zur Kündigung des Reichstarifs gekommen war. Die Verhandlungen über den prozentualen Mehrlohn gegenüber dem Baugewerbe wurden in die Bezirke verlegt. Die Ferien - eine hart umstrittene Errungenschaft - konnten im vollen Umfang erhalten werden. Neu geregelt wurden die Löhne für Junggesellen im ersten Jahr mit 82, im zweiten mit 90, im dritten mit 95%. Eine bunte Liste Unternehmerwünsche wanderte sofort in den Papierkorb. Dazu gehörten die mehrmalige Lohnfestsetzung innerhalb eines Jahres, der zentrale Abbau der Facharbeiterzulagen, die Aenderung des Verbots der Akkordarbeiter usw.

Alles in allem bedeutet der Abschluss für die Dachdecker unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse einen Erfolg.

SPD. In Köln sind die Dachdecker und Bauklempner seit dem 1.April ausgesperrt, weil sie sich nicht einem Lohnkürzungsdiktat in Höhe von 18 Pfennig pro Stunde fügen wollten. Alle bisher geführten Schlichtungsverhandlungen blieben ohne Erfolg.

SPD. In Oesterreich betrug die Ziffer der unterstützten Arbeitslosen Mitte April 277 708. Das sind 21 300 weniger als vor einem Jahr.

SPD. Bei den Glanzstoffwerken Courtaulds in Köln, die etwa 2 000 Arbeiter beschäftigen, hat die kommunistische RGO etwa 700 Arbeiter vor einigen Tagen in einen wilden Streik gehetzt. Die Verwaltung wollte neben der Kürzung der Stundenlöhne auch die Akkordsätze um 5% herabsetzen und ebenso die Prämien abbauen. Die Arbeiterschaft wurde infolgedessen unruhig und deshalb glaubte die RGO, wieder einmal "führen" zu müssen. Der Fabrikarbeiterverband, der sofort Verhandlungen mit der Firma aufnahm, konnte die Verwaltung bewegen, von

ihren Absichten abzulassen und darüber hinaus sogar noch einige Lohnverbesserungen zuzugestehen. Daraufhin nahmen die Streikenden, die den Vereinbarungen mit der Firma zustimmten, restlos die Arbeit wieder auf.

Was geschah nun? Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die der kommunistischen Streikparole nicht gefolgt waren, wurden von kommunistischen Strolchen mit Steinen beworfen. Einige Arbeiter wurden dadurch verletzt; einer erhielt einen Messerstich.

Das ist also die allerneueste Kampfmethode der RGO. Wer ihren Unsinn nicht mitmacht, wird niedergestochen.

SPD. Die am Tarifvertrag für die preussischen Verwaltungsarbeiter beteiligten Organisationen haben am Donnerstag folgende Vereinbarung geschlossen:

Der Frauenzuschlag fällt weg. Die Grundlöhne der über 24 Jahre alten männlichen Lohnempfänger ermässigen sich in allen Ortsklassen des Lohngebiets 1 in allen drei Lohngruppen um je einen Pfennig, im Lohngebiet 2 in der Lohngruppe I und II um je zwei Pfennig, in der Lohngruppe III um einen Pfennig und im Lohngebiet 3 für die Lohngruppe I um drei Pfennig, Lohngruppe II um zwei Pfennig, Lohngruppe III um einen Pfennig. Die Grundlöhne der über 24 Jahre alten weiblichen Lohnempfänger sinken in allen Ortsklassen und Lohngebieten bei den Lohngruppen I und II um je zwei Pfennig und bei der Lohngruppe III um je einen Pfennig. Die Grundlöhne der unter 24 Jahre alten Lohnempfänger fallen entsprechend.

Die Vereinbarung tritt am 26. April in Kraft. Sie gilt beiderseits unkündbar bis zum 31. Oktober 1931.

SPD. Die für die Reichsarbeiter getroffene Vereinbarung vom 17. April ist von den beteiligten Organisationen am Donnerstag widerrufen worden. Nach dem Wortlaut der Vereinbarung sind nunmehr neue Verhandlungen aufzunehmen. Sie werden wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche stattfinden.

SPD. Die ersten Parteiverhandlungen über die Aenderung des gekündigten Rahmentarifvertrags in der Gruppe Nordwest finden am Montag den 27. April in Düsseldorf statt.

SPD. Die Brotpreiserhöhung stösst bei der gesamten Arbeitnehmerschaft auf stärksten Widerstand. Auch die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften verlangen vom Reichsarbeitsminister, dass die Erhöhung wieder rückgängig gemacht wird. Der GdA erklärt: "Die Erregung über die Verteuerung des Brotes hat in den arbeitnehmenden Schichten der Bevölkerung einen Grad erreicht, der es fraglich erscheinen lässt, ob unter diesen Umständen für die so notwendige Staatsbejahung, auch gewerkschaftlich gesehen, noch Garantien übernommen werden können."

Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht.

Wirtschaft Technik Handel

Untaugliche Zollexperimente.

(Das Reichskabinett vor der Entscheidung.)

SPD. Am Getreidemarkt sind seit dem Herbst vorigen Jahres die Preise stetig gestiegen. Während Weizen Ende Oktober1930 in Berlin noch 220 Mark je Tonne und Roggen nur 145 Mark kostete, fangen jetzt die Notierungen an der Börse an, bei Weizen die 300=Mark=, bei Roggen die 200=Mark=Grenze zu über= schreiten.

Diese Preiserhöhungen gehen auf Steigerung der Zölle,auf die übertriebene Anwendung des Weizenvermehlungszolls und auf die Verfütterung von Eosinroggen, wodurch man auf die grossen Roggenbestände drücken wollte, zurück. Mitlerweile haben sich die Getreidevorräte aber so verknappt, dass der Weizen= und höchst= wahrscheinlich auch der Roggenzoll ermässigt werden muss,um die Ernährung sicherzustellen und um zu verhindern,dass der Brotpreis ins Ungemessene steigt. Der Reichsernährungsminister Schiele wird eine Herabsetzung der Zölle selbst= verständlich äusserst ungelegen kommen, Das treibt den Nazis und dem Land= bund Wasser auf die Mühlen. Sie werden überall im Lande erzählen,dass sich der Reichsernährungsminister nicht genügend für die Interessen der Landwirt= schaft eingesetzt habe. Diese Vorwürfe sind selbstverständlich unbegründet. Schiele hat sich bisher immer als Minister der Landwirtschaft und nicht als Minister für die Ernährung gefühlt. Die Landwirte erleiden durch eine Zoll= ermässigung auch keinen Schaden,weil sie gegenwärtig nur noch ganz geringe Vorräte besitzen. Eine weitere Preissteigerung würde nicht der Landwirtschaft, sondern nur dem Handel zugute kommen.

Um den Agrariern die notwendige Herabsetzung der Brotgetreidezölle mund= gerecht zu machen,sollen jedoch als Gegenleistung die Zölle für andere land= wirtschaftliche Waren erhöht werden. Ueber diese Heraufdrehung der Zollschrau= be wurde am Donnerstag bereits im Reichskabinett beraten. Teilweise handelt es sich dabei um ziemlich harmlose Zuckerpillen. Man will der Landwirtschaft die Ermässigung der Brotgetreidezölle versüssen. So ist die Einführung eines Zolls auch für Industriestroh und die Erhöhung des Korbweidenzolls für die Gesamtwirtschaft völlig belanglos und bringt selbstverständlich auch der Land= wirtschaft gar keinen Vorteil. Ebenso sinnlos wäre eine Erhöhung des Schweine= zolls von 27 auf 50 Mark und eine Beseitigung der Zwischenzölle für Schmalz und Speck. Der niedrige Preisstand für Schweine wird nicht durch Einfuhr von ausländischen Schweinen verursacht,sondern ausschliesslich durch die Produk= tionspolitik der deutschen Landwirtschaft selber,die,je nach dem Preisstand, die Schweinemast ausdehnt oder einschränkt,oder zu bedenken,dass über kurz oder lang der Veränderung des Schweinebestandes ein Preissturz bezw. ein Preishochstand folgen muss. Nicht durch Erhöhung der Zölle kann der schweine= mästenden Landwirtschaft zur Zeit geholfen werden,sondern nur durch Ermässi= gung der Futtermittelpreise,wodurch ihre Produktionskosten gesenkt werden. Voll= kommen lächerlich,auch vom Standpunkt der Landwirtschaft aus gesehen,wäre eine Erhöhung der Zölle für Linsen und Bohnen. Der Linsenanbau spielt in Deutsch= land überhaupt keine Rolle und die Landwirtschaft,die Bohnen auf den Markt bringt, hat ihre Ernte längst verkauft,so dass sie von einer Erhöhung des Zolls nicht den geringsten Vorteil hat. Nur die Verbraucher werden von einer Erhöhung des Zolls betroffen. Für die Preisgestaltung der Hülsenfrüchte spie=

len nämlich die Weltmarktpreise eine grosse Rolle. Jede Zollerhöhung muss sich sofort auf den Inlandspreis auswirken.

Wirtschaftlich völlig verfehlt wäre es auch, wenn das Reichskabinett den Wünschen des Landbundes nach einer Erhöhung des Haferzolls nachgeben würde. Zur Zeit kostet Hafer etwas weniger als Roggen und im Inlandspreis wirkt sich der Zoll voll aus. Eine Zollerhöhung würde also sofort den Preis für Hafer in die Höhe treiben, was natürlich zur Folge hätte, dass auch der Roggenpreis steigt. Womit die Notwendigkeit einer Senkung des Roggenzolls noch stärker würde als bisher.

Grundsätzlich ist zu den neuen Zollforderungen zu bemerken, dass die sofort einsetzenden Forderungen nach Zollerhöhungen, sobald sich der Zoll im Inlandspreis auswirkt, auf einer Zwangsvorstellung beruht. Bei den agrarischen Organisationen scheint die Ansicht vorzuherrschen (die auch im Reichsernährungsministerium immer mehr Boden gewinnt), dass der Zoll dazu da ist, jede Einfuhr zu verhindern. Früher wurde im Zoll ein Mittel gesehen, der deutschen Landwirtschaft einen gewissen Vorsprung vor der ausländischen Konkurrenz zu gewähren, mit Rücksicht auf die niedrigeren Produktionskosten in den überseeischen Staaten oder weil man der deutschen Landwirtschaft einen gewissen Schutz vor der weiterentwickelten und sehr intensiv betriebenen Landwirtschaft in Dänemark oder Holland zuschanzen wollte. Man suchte also zu erreichen, dass sich auch in Deutschland eine Veredelungswirtschaft entwickelte. Jetzt will man aber die ausländische Ware unter allen Umständen vom deutschen Markt fernhalten. Sobald die Inlandspreise ansteigen, wodurch sich die Differenz zwischen ihnen und den Weltmarktpreisen der Zollhöhe nähert, also die sogenannte Einfuhrparität droht, heult die Meute der landwirtschaftlichen Interessenten auf und fordert Erhöhung der Zölle, weil sonst endgültig - zum wievielten Mal wohl?- die deutsche Landwirtschaft verloren sei.

Das Reichskabinett wird sich in diesen Tagen entscheiden müssen, ob es diesen Forderungen nachgeben will, ob es bereit ist, diese ideen- und sinnlose Politik fortzusetzen, die noch dazu der Landwirtschaft keine Vorteile bringt, der Verbraucherschaft aber ungeheure Lasten aufbürdet.

SPD. Die den freien Gewerkschaften gehörige Lindcar-Fahrradwerk A.G., Berlin-Lichtenrade weist für das verflossene Jahr einen Reingewinn von 129 132 Mark aus gegenüber 241 837 Mark im Vorjahr. Die Dividende wird von 10 auf 5 % ermässigt.

Bei Betrachtung der diesmaligen Lindcarbilanz müssen die Auswirkungen der fürchterlichen Wirtschaftskrise berücksichtigt werden, die naturgemäss das Fahrradgeschäft doppelt treffen mussten. Einer der führenden Industriellen in der Fahrradindustrie hat vor kurzem das verflossene Jahr "als das schlechteste seit dem Bestehen dieser Industrie" bezeichnet und weiter die Feststellung getroffen, dass bei einer Produktion von etwa 1 725 000 Fahrrädern höchstens 400 000 bis 500 000 Stück abgesetzt werden konnten, wobei der Absatz an die Grossisten usw. eingerechnet ist. Pleiten in der Fahrradindustrie stehen deshalb an der Tagesordnung. Der Lindcarbericht bemerkt zur Krise, "dass die steigende Arbeitslosigkeit in erster Linie die Bevölkerungsschichten erfasst habe, die als Käufer von Lindcarrädern in Betracht kommen. Auch das Lincarunternehmen sei, wenn auch in geringerem Masse, von den Auswirkungen dieser Krise erfasst worden. Die Lincar A.G. verdanke es in erster Linie der intensiven Mitarbeit der Gewerkschaftskreise, wenn sich der Rückgang unseres Umsatzes in erträglichen Grenzen gehalten habe".

Zahlenmässig ergibt sich folgendes Bild: die Produktion hat bei Lindvar im Jahre 1929 rund 50 000 Räder betragen, im Jahre 1930 30 000. Verkauft wurden im Jahre 1929 = 43 777 Stück, im Jahre 1930 = 29 060. Die Lagerbestände konnten eingeschränkt werden. Wenn der Verkauf sich immer noch, verglichen mit

dem anderer Unternehmungen, auf einer beachtenswerten Höhe gehalten hat, dann trägt dazu neben dem Werbungssystem der Lindcar A.G. die von Lindcar durchgeführte Preispolitik bei. Schon im letzten Quartal 1930 wurden im Zusammenhang mit den Preisabbaubestrebungen die Preise um 10 % gesenkt. Im Jahre 1931 erfolgte im Anschluss an die Einführung verbesserter Modelle eine weitere -rund 15 % ausmachende - Preissenkung. So wurde das billigste Rad von 115 Mark auf 89,50 Mark gesenkt. Der Preis gilt für Barzahlung. Bei Teilzahlung tritt ein Aufschlag von 1 % pro Monat bis zu 12 Monaten ein. Die Barzahlung bürgert sich immer mehr ein und erfasste 1930 rund 15 % der verkauften Fahrräder. Bei den Nähmaschinen liegt bis zu 70 % Barzahlung vor. Im übrigen lassen sich in immer stärkerem Masse bei Lindcar Vorauszahlungen feststellen. Der Ausfall wird als verhältnismässig gering bezeichnet und dürfte sich in den nächsten Jahren weiter ermässigen. Das Unternehmen fabriziert jetzt 15 Modelle (Fahrräder) gegenüber 9 bis 10 Modellen im Vorjahr. Die Erweiterung bedeutet keinen Bruch mit der Tendenz, zu einer möglichst grossen Vereinheitlichung der Produktion zu kommen. Die neuen Modelle wurden durch die Einführung des Ballonreifens erforderlich, der bestimmte Aenderungen in der übrigen Konstruktion voraussetzt. Ueber das neuaufgenommene Nähmaschinengeschäft wird gesagt, dass es sich sehr gut eingeführt und bereits gute Erfolge erzielt habe. Weiter ist eine Verbreiterung der Geschäftsbasis für 1931 durch die Aufnahme eines Motorfahrrades mit Fichtel & Sachs=Hilfsmotor erfolgt. Es handelt sich um einen steuer= und führerscheinfreien Typ mit 2 Gangbetrieben, der sich schnell einzubürgern schein

In der Bilanz hat sich der Reservefind bis Ende 1930 von 101 ooo auf 151 ooo Mark erhöht. Die Bankschulden betragen 2,656 Millionen gegenüber 3,233 Millionen Mark im Vorjahr. Der Posten Lieferanten wird mit 456 ooo Mark angegeben (Ende 1929 = 431 ooo Mark). Die Aussenstände stehen mit 2,9 Millionen zu Buch, (1929 = 3,323 Millionen Mark), die Waren= und Materialvorräte mit 1,169 Millionen (1929 = 1,341 Millionen Mark).

Die Ertragsrechnung weist das Warenkonto Einnahmen in Höhe von 3 670 935 Mark aus gegenüber 5 003 546 Mark im Jahre 1929. Der Rückgang erklärt sich durch den Abfall in der Produktion und im Absatz. Trotzdem dürfte man annehmen, dass Lindcar hier entsprechende Reserven geschaffen hat. Die Aufwendungen für Material erforderten 1930 = 1,525 Millionen Mark (1929 = 2,462 Millionen Mark). Hier spricht der Fall der Rohstoffpreise mit, z.B. der katastrophale Rückgang der für Lindcar in Betracht kommenden Gummipreise. Die Löhne haben sich von 328 540 auf 389 045 Mark erhöht. Die Gehälter zeigen eine Erhöhung von 233 613 Mark auf 267 356 Mark. Da die Belegschaft bei Lindcar zurückgegangen ist, beruht die Erhöhung zweifellos auf einer Umbuchung. Betriebskosten und Reparaturen gingen von 570 ooo auf 266 ooo Mark zurück. Die sachlichen und persönlichen Unkosten der Filialen haben sich von 302 642 Mark auf 386 272 Mark erhöht. (Neuerrichtung von Filialen usw.) Die Abschreibungen sind von 138 ooo auf 98 ooo Mark zurückgegangen.

So errechnet sich, wenn man die Werbeanzeigen und Drucksachen mit 114ooo Mark (147 ooo Mark) und die Steuern mit 139 400 Mark (129 9oo Mark) berücksichtigt, ein Reingewinn von 129 132 Mark gegenüber 241 837 Mark im Vorjahr. Davon werden zur Ausschüttung einer 5%igen Dividende auf das Aktienkapital von 2,005 Millionen, die restlos den Gewerkschaften zugute kommt, 100 250 Mark verwandt (im Vorjahr 163 ooo Mark) und 10 ooo Mark (50 ooo Mark) zur Auffüllung des gesetzlichen Reservefonds; 18 882 Mark (28 837 Mark) werden vorgetragen.

Man kann der Lindcar A.G. das Zeugnis ausstellen, dass sie es im fürchterlichen Krisenjahr 1930 verstanden hat, die Schwierigkeiten zu meistern. Auch für das neue Jahr ist nicht mit einer sprunghaften Besserung zu rechnen, weshalb man schon verstehen kann, dass das Unternehmen entsprechende Vorsorge getroffen hat. Viel hängt in dieser Zeit, die gerade die Fahrradindustrie getroffen hat, davon ab, dass die Funktionäre der modernen Arbeiterbewegung weiter mit voller Kraft für die Lindcar werben; damit werben sie für die Bewegung, deren Unternehmen die Lindcar A.G. ist.

SPD. Die Feldmühle=Papier= und Zellstoffwerke A.G. in Stettin verringert ihre Dividende von 12 auf 10 %. Das Unternehmen ist der führende Papierkonzern in Deutschland, der seine Expansion im vergangenen Jahr mit dem Aufkauf der Königsberger Zellstoff=Fabriken und Chemische Werke Koholyt abschloss, nachdem die Aufsaugung der Reisholzgruppe dem Stettiner Konzern wertvolle Papierbe= triebe einbrachte. In den 13 Werken des Unternehmens, die sich über ganz Deutsch= land verteilen, können pro Jahr 219 ooo Tonnen Zellstoff, 157 ooo Tonnen Holz= schliff (Vorprodukt für Papier), 262 ooo Tonnen Papier, 8,1 Millionen Liter Spiritus und 32 700 Tonnen chemische Produkte hergestellt werden. Es arbeiten in ihnen 30 Papiermaschinen, unter denen sich Maschinen mit einer Tagesleistung von 120 ooo Kilogramm Papier befinden. Die Belegschaft stellte sich auf 7419 Personen (878 Angestellte und 6541 Arbeiter). Nach dem in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 vorgenommenen Belegschaftsabbau hat sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten auf 6218 verringert.

Der Betriebsüberschuss hat sich von 9,9 auf 11,1 Millionen gesteigert. Der Reingewinn wird mit 3 Millionen angegeben. Das Unternehmen ist also von der Krise kaum in Mitleidenschaft gezogen. Im Bericht wird auf die Gründung des Zellstoffsyndikats eingegangen, dem es gelungen sei, den katastrophalen Preis= sturz für Zellstoff bis zu einem gewissen Grade aufzuhalten. Die europäische Zellstoffindustrie hat sich zu einer 15%igen Einschränkung der Produktion und des Verkaufs bereiterklärt, womit Voraussetzungen für eine Gesundung des Exports geschaffen worden sind. Selbstverständlich verhält sich das Unternehmen gegen= über der Frage nach den Preisen für Druckpapier und der Politik des Druckpapier= kartells äusserst schweigsam, was zu verstehen ist: Das deutsche Druckpapier= kartell kann unter dem Schutz eines 30%igen Wertzolls die innerdeutschen Druck= papierpreise diktieren. Von 1926 an bis zum Oktober 1930 hat das Kartell die Preise mit 31 Mark pro 100 Kilogramm unverändert hochgehalten, obwohl die Roh= stoffpreise seitdem um 30 % zurückgegangen sind und die Rationalisierung erheb= liche Kostenersparnisse erbrachte. Erst im Oktober 1930 hat sich das Kartell zu einer Preisermässigung auf 30 Mark und im Januar 1931 zu einer Senkung der Preise auf 28 bis 29 Mark entschlossen. Dieser Preisabbau um noch nicht 7 % hat selbstverständlich die Verbraucher arg verschnupft. Das wird noch mehr der Fall sein, wenn man erfährt, dass die Feldmühle, die die Kartellpolitik stark beeinflusst, eine beachtlich hohe Dividende zahlt.

SPD. Mit dem Ausweis für den Monat März über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben schliesst das Steuerjahr 1930/31 (1. April 1930 bis 31. März 1931) ab. Für dieses Steuerjahr war ein Zurückbleiben der Erträg= nisse hinter dem Voranschlag nur wahrscheinlich. Im November 1930 wurde mit einem Gesamtfehlbetrag gegenüber dem Reichshaushaltsplan in Höhe von 900 Mil= lionen gerechnet. Tatsächlich sind nur 9024 Millionen Mark aufgekommen gegen= über einem Voranschlag von 10 265 Millionen Mark. Der Ausfall macht also 1 241 Millionen aus. Aus der erwähnten Mindereinnahme von 1241 Millionen sind die Knappschafts= und Invalidenversicherung mit 125 Millionen und die Länder mit 336,8 Millionen beteiligt. Das Minderaufkommen für das Reich beträgt 778,9 Millionen, während man im Herbst 1930 mit einem Gesamtfehlbetrag von 900 Millionen rechnete, wovon 600 Millionen auf Mindereinnahmen zu Lasten des Reiches und 300 Millionen auf Erhöhung der Ausgaben für die Arbeitslosenfürsor= ge entfielen.

Ein Vergleich mit dem vorigen Jahr könnte nur ein schiefes Bild geben, da im abgelaufenen Jahr eine Reihe von neuen Steuern eingeführt bezw. Steuern erhöht wurden. Beträchtliche Mindereinnahmen ergaben sich bei der Einkommen= steuer (Mindereinnahme 336 Millionen gegenüber einem Voranschlag von 3 126 Millionen Mark), der Körperschaftssteuer (weniger 50,1 Millionen bei 500 Millionen Voranschlag), der Umsatzsteuer (weniger 19,3 Millionen bei 50 Milli=

onen), der Wertpapiersteuer (weniger 6,4 Millionen bei 16 Millionen), der Börsenumsatzsteuer (weniger 22,6 Millionen bei 42 Millionen), der Kraftfahrzeugsteuer (weniger 30,2 Millionen bei 239,1 Millionen) und der Beförderungssteuer (weniger 44,8 Millionen bei 360 Millionen Voranschlag). Schlimmer haben sich die Folgen der Wirtschaftskrise bei den Zöllen und bei den Abgaben ausgewirkt. Hier ist (bei den Zöllen) eine verminderte Einfuhr erfolgt. Andererseits haben sich die Preise gesenkt. Die Zölle haben nur (einschliesslich Nachzölle) 1083 Millionen erbracht bei einem Voranschlag von 1266 Millionen. Der Abfall beträgt also 183 Millionen Mark. Die Tabaksteuer bleibt mit 56,9 Millionen hinter dem Voranschlag von 1115 Millionen Mark. Die Biersteuer bringt 76,8 Millionen weniger als der Voranschlag (550 Millionen Mark). Das Spiritusmonopol (Voranschlag 250 Millionen) hat einen Ausfall von 83,4 Millionen. Bei der Mineralwassersteuer (Voranschlag 35 Millionen) fehlen 20 Millionen Mark. Wo die Steuern mehr erbracht haben, z.B. bei der Lotterie und bei der Obligationssteuer, handelt es sich um äusserst geringe Summen. So erbrachte die Lotteriesteuer 5,9 Millionen mehr als man erwartet hatte und die Obligationssteuer 2,4 Millionen Mark mehr.

Ein besonderes Kapitel ist der Lohnabzug. Die Einnahmen im gesamten Jahr 1930 werden mit 1281 Millionen angegeben. In der Zeit vom 1.April 1930 bis 31.März 1931 sind allerdings 86,354 Millionen Mark zurückerstattet worden.

SPD. Im Roggenausschuss des Reichstags wurde am Donnerstag die Frage erörtert, ob es im verflossenen Jahr nicht zweckmässiger gewesen sei, den Ueberschuss an Roggen mit Hilfe von Exportprämien (Einfuhrscheinen) auf den Auslandsmarkt zu werfen, oder ob die Verfütterung des Roggenüberschusses in den nordwestdeutschen Schweingebieten und der Vertrag mit Polen zur Verhinderung gegenseitiger Unterbietung im Roggenpreis auf dem Weltmarkt die Preisentwicklung für Roggen nicht günstiger beeinflusst hätten.

Der Deutschnationale Stubbendorf war der Ansicht, dass die Landwirtschaft einen besseren Preis für ihren Roggen erzielt haben würde, wenn der ganze Ueberschuss mittels Einfuhrscheins auf dem Weltmarkt verschleudert wäre und führte als Beweis dafür an, dass man im Ausland 8 bis 10 Mark für den Zentner hätte erzielen können und dass durch die Unterbindung des Exports die Landwirtschafts um mindestens 1 Mark je Zentner geschädigt worden sei. Auch brächten die Einfuhrscheine dem Reichsfiskus keine Verluste. Die Sachverständigen des Getreidehandels stimmten diesen Ausführungen natürlich begeistert zu, weil der Getreidehandel daran ein Interesse hat, ein doppeltes Geschäft zu mache, nämlich erst zu exportieren und dann die gleiche Menge wieder einzuführen. Darin besteht ja der Sinn des Einfuhrscheinsystems. Die Sachverständigen mussten sich aber von dem Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats, der doch gewiss einseitig genug die Interessen der ostelbischen Grossgrundbesitzer vertritt, sagen lassen, dass die Aufnahmefähigkeit des Weltroggenmarktes 1 bis 1,3 Millionen Tonnen jährlich beträgt und dieser Bedarf allein schon von Russland gedeckt werden kann. Im ganzen stände in den wichtigsten Roggenüberschussländern 3 mal so viel an Roggen zur Ausfuhr zur Verfügung als der gesamte Einfuhrbedarf aller Länder beträgt. Da die Russen jeder Zeit unterbieten können, weil sie die Lohnfrage diktatorisch gelöst haben, und weil sie zu jedem Preis exportieren müssen, da sie Devisen brauchten, um ihre industrielle Einfuhr zu bezahlen, hätten die Russen naturgemäss in einem Konkurrenzkampf auf dem Roggenweltmarkt alle Welt besiegt.

Der Unsinn des Einfuhrscheinsystems kommt darin zum Ausdruck, dass Deutschland einen Ueberschuss von 700 000 Tonnen Roggen hätte exportieren müssen. Dadurch wären die Preise auf dem Weltmarkt so gesenkt worden, dass man höchstens einen Roggenpreis von 160 Mark erzielt haben würde. Im Inland hätten wir aber einen Gerstenpreis von 240 Mark erhalten. Damit wären die schweinemästenden Bauern gegenüber dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig gewesen. Das hätte zur

Erhöhung der Schweinezölle und zu einer neuen Belastung der Konsumenten geführt. Ausserdem wären die Kosten des Einfuhrscheinsystems für das Reich nicht mehr tragbar gewesen. Es hätte sich allein hier ein Defizit von 100 bis 120 Millionen ergeben.

SPD. Die deutsche Walzwerkserzeugung hat sich von 528 350 Tonnen im Februar auf 583 498 Tonnen im März erhöht. Das bedeutet eine Steigerung der arbeitstäglichen Erzeugung um nur 1,9% auf 22 440 Tonnen.

Man wartet auf das Kabinett.

(Berliner Getreidebörse vom 23.April)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse ergaben sich am Donnerstag Preisabschläge für Weizen von ca 2 1/2, für Roggen von etwa 1 1/2 Mark. Hier wie im Handel mit effektiver Ware herrschte grosse Unsicherheit, da man zunächst die Beschlüsse und neuen Massnahmen der Regierung abwarten will. Das Angebot in promptem Brotgetreide blieb weiter sehr knapp; jedoch zeigte sich auch nur geringe Nachfrage. Die Preise blieben im wesentlichen unverändert. Auch am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Unternehmungslust bei gleichbleibenden Mühlenforderungen für beide Sorten. Ausserordentlich rege ist dagegen das Geschäft in Kleie, ganz besonders in Roggenkleie geworden. Es zeigt sich starke Nachfrage, die durch das vorliegende Angebot nicht befriedigt werden kann. Die Preise gehen daher in die Höhe. Für Hafer war das Angebot klein, trotzdem zögert der Konsum, die Forderungen der Eigner zu bewilligen. Das Angebot in Futtergerste ist etwas grösser geworden.

	22.April	23.April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	195 - 197	195 - 197
Braugerste	245 - 252	-
Futter- und Industriegerste	230 - 244	230 - 244
Hafer	186 - 190	185 - 189
Weizenmehl	34,75-40,50	34,50-40,50
Roggenmehl	26,90-29,20	27,00-29,10
Weizenkleie	13,50-14,00	14,00-14,25
Roggenkleie	14,00-14,50	14,25-14,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 301 (Vortag 303 1/4), Juli 298-297½ Geld (300 3/4). September 252 - 251½ (252½). Roggen Mai 205½ (207), Juli 201½-200 3/4 (202½), September 188½ (190). Hafer Mai 196-195 (198), Juli 201-199 3/4 (203½), September 178 Geld (180½).

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S•P•D

Nr. 31 Berlin, den 23. April 1931

Weibliche Angestellte, kämpft mit uns![x]

SPD. Das öffentliche Interesse an der Frauenerwerbsarbeit hat sich in den letzten Jahren vor allem einer Berufsgruppe zugewandt: den weiblichen Angestellten. Nicht nur haben die Ergebnisse der Berufszählung 1925 das bedeutsame Anwachsen der Angestelltenschaft erneut bewiesen. Sogar die Romanliteratur zeigt, dass in der Beurteilung der weiblichen Angestellten wesentliche Veränderungen eingetreten sind. Mit Bezeichnungen wie "Warenhausmädel" und "Tippmamsell" konnte man eine wehrlose Minderheit noch verächtlich machen. Einer Gruppe jedoch von mehr als 1 200 000 weiblichen Angestellten muss man mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen, zumal da mit der Zuspitzung des Existenzkampfes sich auch das äussere Bild der Angestellten gewandelt hat. Vor allem aber ist es der gewerkschaftlichen Organisation zu danken, dass die Angestellten gelernt haben, sich gegen die Willkür kapitalistischer Ausbeutung erfolgreich zur Wehr zu setzen. In den freigewerkschaftlichen Organisationen des Afa-Bundes kämpfen die weiblichen Angestellten gemeinsam mit den Männern um Arbeit und Brot, um die soziale und kulturelle Gestaltung ihres Lebens.

Wie die Arbeiter leiden auch die Angestellten unter Wirtschaftskrise und Arbeitslosennot. Wenn es auch manchmal so hingestellt wird, als ob die weibliche Arbeitskraft den Mann aus seinen Stellungen verdränge, so muss doch zur Steuer der Wahrheit gesagt werden, dass die weiblichen Angestellten in ungeschmälertem Masse das volle soziale Risiko der Berufsarbeit zu tragen haben. Viele Tausende weiblicher Angestellten sind arbeitslos. Alle haben auch sie die Wirkungen des Lohn- und Gehaltsabbaus erfahren. Ja, sie werden sogar besonders hart betroffen, weil sie als Frauen - trotz gleicher Berufsarbeit - noch immer geringer bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. Erst die Durchsetzung der freigewerkschaftlichen Forderung "Gleicher Lohn für gleiche Leistung!" wird die Bahn für eine gerechtere Lohnpolitik freimachen, wird der politisch freien Frau auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung bringen.

Eng verbunden mit dem grundsätzlichen Kampf um gerechte Bewertung der Frauenarbeit ist der Kampf um die Lohnhöhe überhaupt. Hier gibt es noch unendlich viel zu tun, hängt doch die unzureichende Bezahlung der Frauenarbeit bestimmt nicht nur zusammen mit der Bevorzugung jugendlicher, weil billigerer Arbeitskräfte. Nach Erhebungen aller Verbände verdienen mehr als die Hälfte aller weiblichen Angestellten weniger als 150.-ℳ monatlich. Eine Gesamtschätzung dürfte durchschnittliches Monatseinkommen von etwa 118.-ℳ ergeben! Eine Besserung dieser unbefriedigenden Entlohnungsverhältnisse wird wesentlich davon abhängen, dass sich die weiblichen Angestellten weit mehr noch als bisher um die Stärkung des gewerkschaftlichen Einflusses bemühen. Nur Geschlossenheit gibt Macht! Eine entschiedene Vertretung der Interessen der weiblichen Angestellten gewährleisten allein die freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände (für Handels- und Büroangestellte der Z.d.A.), die im Gegensatze zu den mit bürgerlichen Parteien eng verbundenen Organisationen seit je für die wirtschaftliche wie die politische Gleichberechtigung der Frau eingetreten sind. So sind es bisher auch allein die freien Gewerkschaften, die gegen den unsinnigen Vorwurf des Doppelverdienertums der arbeitenden Frau mit aller Entschiedenheit auftreten und die Angestellten und Arbeiterinnen vor reaktionären Angriffen auf ihre Rechte schützen.

Die in den freien Gewerkschaften bereits organisierten weiblichen Ange= stellten haben auch den engen Zusammenhang des gewerkschaftlichen und des po= litischen Kampfes erkannt. Ohne starke Gewerkschaften keine Sozialpolitik und kein Arbeitsrecht! Aber auch keine soziale Gesetzgebung ohne zielbewusste und einflussreiche Vertretung in den Parlamenten! Darum sollten alle weiblichen Angestellten die enge Kampfgenossenschaft zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie dadurch unterstützen,dass sie sich als tätige Mitglie= der einreihen in die freien Gewerkschaften ebenso wie in die Sozialdemokrati= sche Partei. Bedrängt von der wirtschaftlichen Not, von der sozialen und po= litischen Reaktion,erkennen die weiblichen Angestellten immer deutlicher ihre Klassenlage. Die anwachsenden Mitgliederzahlen der freien Angestelltengewerk= schaften beweisen dies ebenso wie die steigende Regsamkeit der weiblichen An= gestellten als gewerkschaftliche und politische Funktionärinnen. Kämpfen und arbeiten wir alle mit! Dann werden die Stimmen der werktätigen Frauen bald so laut werden,dass ihre Forderungen an Arbeit, Kultur und Leben selbst von einer Welt von Feinden nicht mehr überhört werden können.

Gertrud Ellert.

Das Apachen=Tanzpaar.[x]

SPD. Das Saxophon schrie auf. Trompete und Oboen übernahmen die Führung, und grell schoss der Kegel des Scheinwerfers durch die Halbhelle des abge= blendeten Raumes. Genau einundeineviertel Minute später jagten Bernett und Ly= dia, das berühmte Apachen=Tanzpaar, über das Parkett. Beides rassige Gestal= ten: sie, rothaarig, überschlank, aber von grazilster Figur,nur Feuer,nur Lo= dern, keine Besinnung - er, meisterhafter Tänzer von elementarer Wildheit,der idealisierte Typus des Frauenbeherrschers. Jeden Abend tobte ihnen das Publi= kum Beifall nach. Gemeinsam verbeugten sie sich dann,einmal,nicht öfter - als Weltattraktion hatten sie das nicht nötig - dann stürzten sie in der Garderobe in höchster Ekstase zueinander. Kein Artist der Welt hatte je zwei Partner sich so zulodern gesehen...

Es war ein ganz einfaches Bühnenrequisitenmesser aus Blech.Niemand wusste, dass er den ganzen Nachmittag damit verbracht hatte, es zu schleifen.

Als er in der dritten Minute sich ihr zuerst nähern musste, um ihr das Geld zu entreissen,schauerte sie unter seinem harten Griff zusammen. Sein Auge glomm, und urplötzlich sah sie jenen dunklen Schatten,der ihr gestern Abend bis nach der Wohnung Henrys, ihres einstigen Partners,gefolgt war. Also doch... er hatte etwas gemerkt. Angstvoll flüsterte sie ihm zu: "Nachher..." Er nickte kurz,drohend: "Nachher!"

Schon rissen die Synkopen sie wieder auseinander. Sie musste nun vor ihm fliehen. Dann würde der Ringkampf folgen. Und zwei Minuten später waren sie wieder in der Garderobe.

Nun,sie würde schon irgendeinen Ausweg finden. Sie kannte ihn: er würde toben,er würde sie schlagen,aber er würde doch wieder ihren heissen Mund for= dern und alles vergessen. Alles vergessen - sagte sie kurz bei sich - alles vergessen. Ich darf auch nicht mehr an Henry denken. Gestern nur musste ich seinen Bitten nachgeben. Er hat doch schliesslich eine Tänzerin aus mir ge= macht, mich hoch gebracht, selbst Ruhm geerntet, bis jener kam und in einer Nacht zwei Leben anders wurden. Henry sank ins Dunkel, in die Höhle der Kokain= händler, in die Tiefen der Schmuggler. Und heute noch,sagte er,käme er wieder hoch,wenn ich mit ihm Erbarmen hätte.

Die Kapelle hämmerte wie wild darauflos. Die Ringkampfszene, in der das Weib dem Manne an die Gurgel fährt, bis er ganz langsam das Messer ziegt,be= gann. In der Ekstase dieses übersteigerten Tanzes vergass sie ganz das Dro=

hende seines Gesichtes, gab sich selig in die kraftvollen Arme, kostete die ja= gende Rhythmik der Schritte voll aus. Nun kam der Griff nach seinem Halse. Er bog sie weit zurück. Ueber ihr blitzte es auf: sie dachte "solche Augen...hat er sonst nie, solche Augen...hat...er...sonst..."

Das Messer hatte die Halsschlagader getroffen - innerhalb weniger Minuten trat der Tod ein.

Bernett schrie in den Saal: "Ich habe sie heute wirklich getötet! Lasst mich freiwillig gehen! Mein Browning ist scharf geladen!"

Entsetzt wich das Publikum zurück. Kein Mensch hatte den Mut,dem Arti= sten nahezutreten. Polizei befand sich nicht im Hause. Als eine Viertelstunde später einige Kriminalbeamte auftauchten,wusste niemand etwas über den Verbleib des Mörders.

Mit bewunderswertem Eifer setzte sich die Polizei für die Ergreifung des Täters ein. Man durchforschte alle Schlupfwinkel,die irgendwie als Herberge in Frage kommen konnten,verständigte alle Geheimpolizisten,liess unzählige Razzi= en vornehmen. Aber obgleich die Kleidung,der bühnenmässige Apachenanzug,den Mann sofort verraten musste, fand man zunächst nicht den geringsten Anhalts= punkt.

Wieder war es der Zufall,der noch in der gleichen Nacht die Auffindung des Schuldigen bringen sollte. Seit Wochen war man dem Artisten Henry auf der Spur. Die Vergiftungen durch verfälschtes Kokain hatten sich gemehrt,und immer wieder wies die Spur auf diesen Mann. An diesem Abend hatte man endlich sein Quartier in einer der schmutzigsten Gassen des Hafenviertels ausfindig gemacht. Man fand ihn an dem bezeichneten Orte in Gesellschaft eines Mannes im Apachenko= stüm.-

Henry hatte ein Herzschuss niedergestreckt. Der Mann im Apachenanzug blutete aus einer Schläfenwunde und trug in der Jackettasche ein blutiges, sehr scharfes Blechmesser...

Annemar Hinrichs.

Englisch wird verlangt.x

SPD. Es ist immer das gleiche Bild im Autobus, in der Untergrund= und Strassenbahn: ein junges Mädchen hat es sehr eilig, sucht einen Platz,setzt sich,nimmt aus der Handtasche schnell noch den Spiegel,überprüft das Gesicht, die Frisur..und dann... und dann schlägt es ein Buch auf,ein ziemlich rampo= niertes,zerlesenes,in dickes Papier gehülltes Buch: Lehrgang der englischen Sprache. Und es folgen Minuten angespanntester Arbeit,deklinieren,konjugieren und Vokabeln lernen.

Es handel sich nicht um Schulmädchen. Sondern um Büromädchen,Kontoristin= nen,Stenotypistinnen und sonstige kaufmännisch gebildete Angestellte. Auf ein= mal lernen alle englisch. Man hat schon viele modische Bemühungen mit angese= hen. Jede Generation hat einmal ein gemeinsames,sei es ideales oder läppisches Ziel,eine gemeinsame Sache,mitunter nur für ein Jahr,für einen Monat. Aber eng= lisch lernen,das ist neu,das ist noch nie dagewesen und im besten Sinne modern.

Denkt an das Klavierspielen! Welches junge Mädchen lernte es nicht vor zwanzig,dreissig Jahren? Es soll hier nicht die Rede davon sein,was daraus folgt oder bereits gefolgt ist,dass heute nur noch diejenigen Klavier spielen lernen,die einen Beruf daraus machen wollen. Hausmusik,wie sie früher gepflegt worden ist, kann als eine historische Angelegenheit betrachtet werden. Heute hat das junge Mädchen seine Schallmühle, und der grösste Teil der Musikbelie= ferung erfolgt radiotechnisch. Heute sind Klaviere und Flügel Instrumente mu= sealer Art; man sieht kaum noch eins in den jüngeren Familien.Man lernt auch nicht mehr singen. Und nicht malen.Man lernt auch nicht mehr französisch.

Französisch gehörte immer zu dem,was im besseren bürgerlichen Lebenskreise verlangt wurde. Zwar hiess es auch damals schon: Fremdworte sind Glückssache! Aber man hatte doch eine Ahnung. Von allem hatte man ahnungsweise einige Begriffe. Die ganze Bildung war meist eine geschickt formulierte Ahnung. Heute haben die jungen Mädchen schon während der Schulzeit kein Interesse für den alten Lebenskreis der Besser=Bürgerlichen. Der Kampf ums Dasein beginnt frühzeitig mit den Vorpostengefechten im Büro, im Geschäft und in der Fabrik; bald geht es hart auf hart. Platzhalten. Vorwärtskommen. Verdienen. Und deshalb lernen,was immer wieder verlangt wird: englisch. Ueber England gehen die stärksten Lebensfäden unsrer Wirtschaft nach Amerika. Ueberall braucht man englisch. Die Amerikanisierung Deutschlands ist kein Schlagwort. Sondern im Geschäftsleben der Grosstädte bereits ein Zustand.

Eine andre Kultur wird diesem Zustand eigentümlich werden. Schon bildet sich die Jugend einen neuen Lebenskreis. Kultur ist keine Angelegenheit der Massen,sondern der Schichten, die sich Lebenszustände schaffen können. Grosse, mächtige Schichten der Bevölkerung haben zu allen Zeiten der Weltgeschichte ohne Kultur gelebt. Kultur zu bilden ist Sache jener Schichten,die ihrer Fähigkeiten und Eigenschaften bewusst geworden sind. Das junge Mädchen im Autobus, in der Untergrundbahn, das gedrängt vom Drange Aller englisch lernt,wird später einen Lebenskreis gebildet sehen,der eine neue Kultur des zwanzigsten Jahrhunderts hervorbringt. Neben dem englisch lernenden Mädchen sitzt die alternde Frau,deren Lebenskreis schlecht und recht in Trümmern fortbesteht.Sitzt die müde,enttäuschte Frau,die ihre Töchter nicht mehr versteht,die es nicht begreift, dass alles anders geworden ist und täglich anders wird.Die nicht die Grosstadt ringsherum gesehen und erlebt hat,sondern nur ihren kleinen,beengten Bezirk, ihr Haus, ihre Familie. Ueber ihren täglichen Mühen,in der gemütlichen Wärme,die eine Familie spendet, hat sie die anderen vergessen. Nun sieht sie auf der Fahrt im Autobus die grossen Mengen der anderen,die das grosse Schicksal der Nation in Bewegung hält. Sieht aus den Seitenstrassen die Mengen der Erwerbslosen zusammenströmen. Sieht rote Fahnen. Plakate. Sieht den Tumult vor dem Parlament, den Aufmarsch der Polizei, die Räumung und das Ende.

Neben ihr sitzt das junge Mädchen und lernt englisch. Die Junge weiss schon,was die Menge draussen bewegt, woher der Wind weht. Sie sieht die alte Frau nicht neben sich. Kümmert sich nicht um das Verlorene und Verspätete. Regt sich nicht auf. Ihre wache Intelligenz sucht sachlich ernst den Weg von heute zu morgen. Dass man lebt, ist immer wieder das wichtigste. Wer leben will, muss etwas gelernt haben. Die Freundin hat englisch gelernt. Die Kollegin macht einen Kursus durch. Alle lernen englisch. Sitzen im Autobus,über das Lehrbuch gebeugt, murmeln Vokabeln,streng,zusammengefasst,gespannt und abweisend gegen alles,was sie zerstreut. Englisch,darauf kommt es an.Englisch wird verlangt. Englisch ist die Weg,das Unterpfand und das gemeinsame Mittel, den besten Wind des zwanzigsten Jahrhunderts in die neuen Segel zu bringen.

Martin Richard Möbius.

Blutreinigung?x

SPD. In früheren Zeiten (sie liegen noch gar nicht so lange zurück) pflegte man im Frühjahr alle möglichen Sorten Kräutertee, je nach der Gegend verschieden, zu trinken, um das Blut zu reinigen. Es waren Tees, die man als alte Hausmittel in den Familien von einer Generation zur andern überlieferte, besser gesagt: die angewendeten Sorten blieben bekannt,und viele schwören noch heute auf die gute Wirkung,den auffrischenden Einfluss,den der Körper nach dem Genuss verspürte, und der sich auch in besserem Aussehen äusserlich bemerkbar machte. Heute sind wir der Ansicht,dass nicht nur zum Frühjahr und mit Tee

das Blut gereinigt werden soll,sondern wir haben durch den Ruf nach einer Modernisierung unsrer Ernährungsweise dem Wunsche Ausdruck gegeben,das ganze Leben lang durch zweckentsprechende,naturgemässe Ernährung das Blut,d.h. eben den ganzen Organismus, gesund, also rein, zu erhalten. Denn wenn die Zusammensetzung des Blutes normal ist,wenn der Kreislauf des Blutes sich störungslos vollzieht,dann hat man in den meisten Fällen einen Menschen vor sich,den man mit "gesund"zubezeichnen pflegt.

Ueberblickt man die ungeheure Literatur, die im Laufe der letzten Jahre allein über Ernährungsreform erschienen ist, dann muss man zuerst m.E. die einseitigen und extremen Richtungen ausschalten. Danach bleiben in der Gesamtliteratur der verschiedensten Wissenschaftler,die sich mit dieser brennenden Frage beschäftigt haben,die einstimmigen Forderungen bestehen: Der Verbrauch an Kochsalz und an Fleisch ist zu verringern. Das verwendete Brot soll zu zwei Dritteln aus Roggen und zu einem Drittel aus Weizen bestehen.Eine Eiweissmenge von 70 bis 90 Gramm pro Tag genügt, und zwar soll von dieser Menge nur ein Drittel in hochwertiger Nahrung bestehen,wie z.B. Fleisch,Fisch und Ei; zwei Drittel sollen aus Butter, Brot, Milch,Käse und Gemüsen gedeckt werden. Das bedeutet für die Hausfrau, dass sie hundert Gramm Fleisch und ein Ei pro Tag auf die Person rechnen kann,dass alles übrige aus den erwähnten anderen Nahrungsmitteln zusammengestellt werden soll. Bei der heute allgemein so schlechten Lage verbietet sich ein höherer Verbrauch an Fleisch und Eiern ja schon von selbst, und es kann mit Sicherheit angenommen werden,dass der genannte Verbrauch an diesen Nahrungsmitteln in der Mehrzahl der Fälle nicht einmal erreicht wird. Es sollte aber grosser Wert auf Butter, Milch und Käse gelegt werden,und ich möchte darauf hinweisen,dass der Seefisch, wie überhaupt jeder Fisch,hochwertigste Nahrung darstellt.

Schränken wir den Fleischgenuss ein,so verringert sich selbstverständlich auch der Gehalt des Kochsalzes im Organismus, und damit wird dem durch stark gesalzte Speisen erzeugten Durst vorgebeugt. Jede erhöhte Flüssigkeitszufuhr belastet den Kreislauf, und Herzkranke spüren ja selbst stets am besten,wie zu reichliches Trinken ihr Wohlbefinden stört. Sie verspüren einen Druck auf dem Herzen, fühlen sich beengt und beängstigt. Je weniger man trinkt,desto besser ist es. Besonders bei Kranken und Kindern ist darauf zu achten. Die Nahrung enthält an sich so viel Flüssigkeit,dass man mit Recht des viele Trinken als eine üble Angewohnheit bezeichnen kann. Es ist durchaus nicht nötig,dass zu jeder Mahlzeit eine Karaffe Wasser (noch viel weniger Bier oder überhaupt alkoholische Getränke) als selbstverständliche Beigabe auf dem Tische steht.

Für die Hausfrau ist es wichtig, zu wissen,dass eine fleischärmere und an Gemüsen recht reiche, also eine gemischte Nahrung dem geforderten Ideal am nächsten kommt. Es ist ganz klar,dass auch rohes Obst, Tomaten,Radieschen, Aepfel, Apfelsinen, Citronen,kurz: jede rohe Frucht, wie sie die Jahreszeit gerade bietet, unbedingt vom Körper verlangt werden,denn sie enthalten wichtige Aufbausalze und die so wichtigen Vitamine,die in gekochter Nahrung nicht mehr in so hohem Grade, wenn überhaupt wohl vorhanden sind. Wird diese neue Ernährungsmethode erst einmal in ihrer guten Wirkung erkannt und Allgemeingut des Volkes werden,dann wird man auch einsehen,dass sie nicht teuer ist als die heute meist übliche Ernährungsweise. Zum Prinzip mache man sich zwei fleischlose Tage in der Woche; da kann man Kartoffelpuffer mit Obst,Makkaroni mit Tomaten usw. geben; und abends lasse man die Wurst und den Aufschnitt nicht ganz weg; aber man geniesse weissen Käse, Bückling,Butter mit frischer gehackter Petersilie zu gleichen Teilen! Puddings aus Milch und Gries, Reis, Kartoffeln ersetzen durchaus das übliche Abendbrot aus belegten Schnitten. Auch für sparsame Küchen gibt es heute Kochbücher,die zahlreiche Rezepte bringen,wenn auch natürlich gelegentlich durch das Kochen eine kleine Mehrarbeit entstehen wird.

Das Suppengrün, das man bisher in der Suppe kochte,lasse man künftig auch zur Hälfte wenigstens roh, reinige es,schneide es in dünne Scheiben und tue es

vor dem Anrichten mit in die Suppe. Auf diese Weise kann man gleichfalls etwas billigere Rohkost schmackhaft einschmuggeln, denn jeder ist ja nicht gerade begeistert von rohen Rüben usw. Mehr Beachtung verdienen auch die aus frischem, gehobeltem Kohl hergestellten Salate, die zu Bratkartoffeln gegessen sehr angenehm schmecken. Wenn jede Hausfrau diesen Dingen die nötige Beachtung schenken würde, dann würden sich Blutreinigungskuren erübrigen; die Volksgesundheit würde gehoben. Für den Gesunden ist diese zweckmässige Ernährung nötig, um ihm die Gesundheit zu erhalten, und die Kranken werden durch eine solche Ernährung im Körper mehr Kräfte für die Heilung aufbringen können; sie werden widerstandsfähiger werden und die Krankheit schneller überwinden. Zur Erreichung dieses Ziels genügen nicht wissenschaftliche Feststellungen und ärztliche Beratung; dazu ist nötig die tätige Mitarbeit jeder verantwortungsvollen Hausfrau.

Dr. H.

Pikanter Jägerkohl.[x]

SPD. Niemand kann es als eine Schmeichelei auffassen, wenn ihm nachgesagt wird, er mache viel Kohl. Das gestattet man heute nur einer geschickten Hausfrau, denn in der gegenwärtigen Uebergangszeit sind die vielgeschmähten Kohlköpfe eine wahre Hamstergrube an Wertstoffen.

Mit durchwachsenem Speck, der leicht geräuchert ist, verbindet sich der Weisskohl gern, denn er hat eine gewisse Zuneigung zu dem Eigengeschmack dieses Partners. Wir werden zunächst die kleinen Würfel von einem halben Pfund ausbraten. Nun können wir 5 Esslöffel Mehl schwitzen und mit ¾ Liter Würfelbrühe auffüllen. Aus dieser Zusammenstellung lässt sich eine gute dicke Tunke kochen; leuchtet ein. Inzwischen haben wir 2½ Pfund Kartoffeln geschält und stürzen sie, in Würfel geschnitten, in die Hälfte unsrer Tunke. Damit haben wir erst einmal die geeignete Unterlage für den Kohl. Wir wählen nun einen festen Kopf von etwa 3 Pfund und lassen ihn im Kochtopf Platz nahmen - nachdem er ganz fein geschnippelt wurde. Es soll Hausfrauen geben, die da meinen, es genüge auch, die Kohlblätter zu zerzupfen. Ihnen sei verraten, dass der Kohl seinen Wohlgeschmack merklich steigert, wenn er sorgfältig geschnitten oder gehobelt wurde. Erst in solch vervielfältigtem Zustande gibt er seinen innren Reichtum ab. Ueber unsern Bau ergiesst sich geniesserisch langsam die zweite Hälfte der Tunke. Haben wir mit einer grossen Flamme den Siedepunkt erreicht, so wird das Gericht bei kleiner Flamme langsam seiner Vollendung entgegenbrodeln. Zum Schlusse schwenken wir alles gut durcheinander und schmecken süss-sauer ab, wobei den Neigungen der Familienmitglieder nachgegeben werden darf. Sie werden dann mit Erstaunen bemerken, wie pikant dieses billige Gericht ist.

Lucie Bürgel (Potsdam)

SPD. Die Frau als Arzt.[x] Die Zahl der weiblichen Aerzte in Deutschland ist von 82 im Jahre 1909 auf 2562 im Jahre 1929 gegenüber 42 770 männlichen Aerzten gestiegen. Berlin allein hat 476 Arztinnen. Die Zahl der Medizinstudentinnen hat sich seit 1911 versiebenfacht. Ein Drittel der Medizinstudentinnen sind Akademikertöchter, 239 Töchter von Handwerksmeistern und Kleingewerbetreibenden, 133 von Angestellten und 27 von Arbeitern.